ROTE ANNELIESE

Nr. 175 / November 2002 Fr. 6.–

Versteigerung und Konkurs

Der UBS-Hammer

treibt Zermatter Familie zum Sozialamt

Seite 4

Interview mit Gottlieb Guntern

Eliten, Enron und Ethik

Seite 10

Briefzentren

Das hat die CVP eingebrockt!

Seite 8

Schöner Wohnen

Mit Otto G. Loretan

Seite 3

John le Carré: Politisch brisant und aktuell

Seite 16

Die einen schaffen, die anderen verdienen

Seit fünfzig Jahren wurde kein Landesweiter Streik mehr ausgerufen. Vor knapp einem Monat war es dann soweit: Die Bauarbeiter streikten – schweizweit. Die Forderung: Rentenalter 60. Während sich die einen auf der Baustelle abrackern bis sie IV beziehen müssen und um die gerechtfertigte Frühpensionierung kämpfen, lassen sich andere Luxusvillen von eben diesen Bauarbeitern erbauen *(Seite 3)*. Die einen schaffen, die anderen verdienen.

Kleinunternehmer fürchten sich vor den knallharten Grossbanken. Wenn die KMUs ihre Zinsen nicht mehr bezahlen können, fordern die Banken ihr Geld übers Betreibungsamt ein. Entweder es wird bezahlt, oder das Geld wird über die Versteigerung des Vermögens zurückgeholt. Knallhart wird dabei noch ein Schnäppchen gemacht *(Seite 4)*. Die Bank hat ihr Geld zurück – der Unternehmer ist ruiniert. Gleichzeitig verteilten dieselben Banken grosszügig ihr Geld in Leukerbad – der Grosse Fisch schwimmt seelenruhig weiter – im Oberwalliser Immobiliengeschäft. Politik wird im Wallis gemacht, von denen die haben. Gesetze werden aufs grosse Portemonnaie zugeschnitten – der kleine soll sehen wie er über die Runden kommt.

Cyrill Pinto

Inhalt

Otto G. Loretan: Neue Traumvilla ▶ Seite 3

UBS: Gnadenlos gegen Kleine ▶ Seiten 4/5/6

Datenschutz: Männerrunde ▶ Seite 7

Tourismuspolitik: Schnyderei! ▶ Seite 7

Briefzentren: CVP ist schuld ▶ Seiten 8/9

Das Interview: Gottlieb Guntern ▶ Seiten 10/11

Finnland: Mehr Bildung ▶ Seiten 12/13

Ecuador: Heisse Wahlen ▶ Seite 14

Gries-Gletscher: Illegales Chaos ▶ Seite 15

Le Carré: Tschetschenien ▶ Seiten 16/17

Agenda ▶ Seite 18

Zi-Täter ▶ Seite 19

Wirtschaftsförderung à la CSP ▶ Seite 20

Dicke Eier

Verbietet Staatsrat Fournier neues Ecône-Buch?

Staatsrat Jean-René Fournier ist bekannt für seine Nähe zu Lefebvres Ecônisten. Deshalb hat sein Entscheid gegen die Einreise des Imam der islamischen Gemeinschaft von Sitten nicht schlecht erstaunt. Ob Fournier auch das neu erschienene Buch über die Geschichte von Ecône verbietet, ist uns nicht bekannt. Es ist uns im weiteren nicht bekannt, ob Fournier die Diskussion über die fundamentalistische Muslimen auch auf die Ecônisten ausdehnen will. Gründe dafür gäbe es freilich genug: Zum Beispiel die antidemokratische, kolonialistische Gesinnung von Erzbischof Lefebvres und Gründers der «Priesterfraternität vom hl. Pius X.». Übrigens auch Papst Pius X. war ein obskurer Geselle. Er hat in seiner Enzyklika im Jahre 1907 gegen den Modernismus und die Demokratie gewettert und den Monarchismus gelobt.

Walliser Justiz im Sumpf

Die CVP-beherrschte Walliser Justiz ist nicht zu beneiden. Sie kommt seit Jahren nicht aus den Schlagzeilen: Untersuchungsrichter treten in den Ausstand, werden mit Strafanzeigen und Klagen eingedeckt, füllen die Zeitungen und Internet-Seiten. Untersuchungsfälle werden eingestellt und auf Druck der Öffentlichkeit wieder aufgenommen. Dabei wurden die neuen Stellen im kantonalen Untersuchungsrichteramt geschaffen, damit schwierige Fälle mit grossem, öffentlichen Interesse professionell untersucht und kommunziert werden. Das Gegenteil ist nun der Fall. Jetzt hat der Grosse Rat gehandelt: Mit einer 100'000 Franken teuren Studie soll die Zufriedenheit über die Walliser CVP-Justiz abgeklärt werden. Wenn doch Friedrich Dürrenmatt noch schreiben würde?

Polizei probt Atomausstieg mit Hanf-Strom

Im stillgelegten ölthermischen Kraftwerk bei Monthey soll bald wieder Strom produziert werden. Diesmal nicht durch die Verbrennung von Erdöl, sondern von Hanf. Die Kantonspolizei möchte zum Atom-Ausstieg ihren Teil beitragen. Deshalb hat sie Rappaz' Hanf-Ernte in die leeren Hallen des Kraftwerkes transportiert und will nun aus dem Hanf-Öl in Zukunft Strom produzieren. Leider trug der Wind die Hanf-Botschaft in alle Himmelsrichtungen und der einzige Wachpolizist konnte nicht verhindern, dass ein Teil der beschlagnahmten Hanfernte im ursprünglichen Sinn Verwendung fand.

Briger Gemeinderat kann nicht alles wissen

Sind die Aktien des EWBN mehrheitlich in öffentlicher oder privater Hand? Diese Frage ist knifflig und die Antwort ist nicht einfach. Vor allem für die elf Brig-Gliser GemeinderätInnen. Denn diese mussten über den Verkauf der Aktien der Energie-Beteiligungs-Gesellschaft (EBG) ans EWBN abstimmen. Um nicht schlafende Hunde zu wecken, erhielten die GemeinderätInnen vorsichtshalber kein einziges Blatt an Informationen. So kam es zur Diskussion, ob nun das EWBN mehrheitlich in öffentlicher oder privater Hand sei. Dermassen ratlos, wollte es der Rat genau wissen und schickte den Gemeindeschreiber Eduard Brogli ins Archiv. Und der fand heraus: Die Privaten halten eine knappe Mehrheit. Man kann wirklich nicht alles wissen!

Staatsrat Thomas Burgener hört aufs Volk

Mit grossem Eifer hat sich SP-Staatsrat Thomas Burgener für die Strommarktöffnung eingesetzt. Etwas zu eifrig, wie viele meinten. Doch das ist passé. Jetzt zeigt er, was ein wahrer Volksvertreter ist: Als die Post die Pläne zur Schliessung der Briefzentren öffentlich machte, reagierte Burgener empört: Nach dem Nein zur Strommarktöffnung habe das Volk ein klares Zeichen gegen die Liberalisierung gesetzt. Einen Monat später könne die Post nicht kommen und den Servic public dermassen in Frage stellen. Chapeau, Thomas! Zum Glück gibt es das Volk.

Impressum

Rote Anneliese
Auflage: 3000
Jugendabo: Fr. 20.–
Jahresabo: Fr. 40.–
Unterstützungsabo: 70.–
PC 19-8382-6

Redaktoren
Kurt Marti (ktm)
Cyrill Pinto (cp)
Patrick Zehner (pz)

Sekretariat
Ursula Schild

Freie Mitarbeiter
Hilar Eggel (he)
Martina Schild

Agenda
Renata Werlen

Satz und Druck
S&Z Print AG, Brig-Glis

Herausgeber
Verein Rote Anneliese
PF 441, 3900 Brig-Glis
Tel. 027 923 63 89
rote.anneliese@rhone.ch

Woher hat Otto G. das Geld?

Otto G. Loretan baut Villa in Traumlage

RANDOGNE **– Der ehemalige Leukerbadner Dorfkönig Otto G. Loretan fiel tief, nachdem die Grösse des Finanzschlamassels in der Oberwalliser Tourismusdestination aufflog. Nachdem Otto G. vom Staatsrat als Gemeindepräsident abgesetzt und eine Strafuntersuchung eingeleitet wurde, verschwand die ehemalige CVP-Galionsfigur von der politischen Bühne. Jetzt ist Otto G. wieder zurück: Oberhalb von Siders baut Otto G. in bester Lage seine neue Villa, von wo aus er seine Immobiliengeschäfte weiterführen will. Nun fragt sich nicht nur die «Rote Anneliese»: Woher hat Otto G. das Geld?**

VON CYRILL PINTO

Oberhalb von Siders in bester Lage, mit wunderschönem Blick auf das Alpenpanorama, entsteht ein grosszügig gebautes Haus mit 5000 Quadratmetern Umschwung. Die Maurerarbeiten sind abgeschlossen. Zurzeit sind Malerarbeiten im Gange und auf der Terasse vor dem Haus werden Isolationsplatten verlegt. Wer das Haus betritt, gelangt durch einen Gang in ein grosses Wohnzimmer mit Fensterfront. Auf derselben Etage befinden sich noch zwei Zimmer, eine Küche und ein Bad. Im ersten Stock befinden sich zwei Zimmer und im Untergeschoss ein grosszügig angelegtes Arbeitszimmer mit Kamin – ich stehe im zukünftigen Arbeitszimmer von Otto G. Loretan.

Diese Unternehmen mischen mit:

Die Arbeiter vor Ort schätzen die Wohnfläche auf ca. 300 Quadratmeter. Der Wert des Hauses wird auf ungefähr 1,5 Millionen Franken geschätzt. Die Firma Schmidt SA in Visp hat die Bauleitung für Loretans Villa inne. Loretan gab der Firma nicht direkt den Auftrag, sondern lässt den Auftrag über die Firma seiner Tochter laufen. Einzig eine Bestellung von Baumaterial in Verbania läuft direkt unter dem Namen Otto G. Loretan. Nur – wie die RA schon im letzten November berichtete – führt die Firma nicht seine Tochter, sondern Loretan selber. Den Auftrag für die Maurerarbeiten erhielt die Unternehmung Arnold AG. Im Moment ist die Firma Imboden und Bortoli an den Malerarbeiten im Haus beschäftigt und den Zuschlag für die Sanitärarbeiten erhielt die Firma Otto Stoffel AG. Auf den berühmten Bauherrn angesprochen, reagieren die Handwerker vor Ort irritiert. Wie die *Rote Anneliese* verstehen auch sie die Welt nicht mehr.

Voruntersuchung abgeschlossen – Jetzt ist Staatsanwalt Arnold am Zug

Im letzten November publizierte die SonntagsZeitung Auszüge aus dem Voruntersuchungsbericht des Oberwalliser Untersuchungsrichteramtes. Loretan liess sich grosszügig Löhne für seine Ämter in Leukerbad auszahlen. Als Gemeindepräsident erhielt er ab dem Jahr 1994 110'000 Franken plus Spesen im Umfang von 24'000 Franken jährlich. Nicht nur als Gemeindepräsident kassierte Loretan grosszügige Saläre. Als Verwaltungsratspräsident von insgesamt acht verschiedenen Betriebsgesellschaften kassierte Loretan zusätzlich Entschädigungen. Allein von der Gesellschaft «Alpentherme» liess sich Otto G. ein Jahreslohn von 84'000 Franken und 20'000 Franken Spesen überweisen. Die Akte Loretan liegt nun beim Staatsanwalt Martin Arnold. Dieser verfasst die Anklageschrift gegen den ehemaligen CVP-Nationalrat.

Woher kommt das Geld?

Noch vor einem Jahr galt Loretan als mittellos und erhielt vom Kanton Wallis kostenlosen Rechtsbeistand. Diesen Sommer reagierte der Leukerbadner Finanzjongleur und teilte in einer Pressemitteilung mit, er habe die vom Kanton bezahlten Kosten zurückbezahlt. Doch nun fragt sich nicht nur die Oberwalliser Oppositionszeitung: Wie konnte Otto G. Loretan innerhalb von einem Jahr soviel Geld auftreiben?

Wenns ums Bauen geht, hat Otto G. noch nie geknausert!

UBS-Recovery plündert Zermatter Familienbetrieb:

«Die UBS hat uns zum Sozialfall gemacht!»

ZERMATT – **Wenn Oberwalliser Familienbetriebe unter den Steigerungs-Hammer kommen, dann ist sehr oft die UBS dabei. In Schönwetterzeiten hat sie grosszügig Kredite verteilt, jetzt schwingt sie den eisernen Besen. Der Fall des Zermatter Geschäftsmannes German Taugwalder zeigt, dass die Grossbank nicht davor zurückschreckt, Familienbetriebe zu plündern und die Opfer zur Fürsorge zu treiben.**

VON KURT MARTI

Seit dem 18. September 2002 besetzen der Zermatter Kaufmann German Taugwalder (58) und seine Frau Agathe (60) widerrechtlich ihre ehemalige Wohnung. Die UBS hat ihnen alles weggenommen, was sie in über 30 Jahren aufgebaut haben: Die Wohnung, die Ferienwohnungen und das Geschäft im Gesamtwert von rund 2,9 Millionen Franken. Taugwalder hoffnungslos: *«Wohin sollen wir ohne Arbeit, ohne Einkommen und ohne Wohnung? Die UBS hat uns zum Sozialfall gemacht.»*

Realwert 2,9 Millionen, versteigert für 1,3 Millionen

Am 30. November 2001 wurde der gesamte Besitz der Familie Tauwalder im Restaurant Pollux in Zermatt versteigert. Die UBS, welche als Gläubigerin die Zwangsversteigerung verlangt hatte, ersteigerte das gesamte Objekt zum Spottpreis von rund 1,3 Millionen Franken. Der Steigerungspreis lag weit unter dem Realwert von rund 2,9 Millionen, den die UBS selbst und auch der Architekt Elias Balzani im Auftrag des Betreibungsamtes Visp berechnet hatten. Zudem bezifferte Balzani einen Verkaufswert von 2,5 Millionen und einen Versicherungswert von 2 Millionen.

Laut Lastenverzeichnis war Taugwalder bei der UBS mit rund 1,5 Millionen verschuldet. Weil die UBS das gesamte Objekt für nur 1,3 Millionen ersteigerte, hat sie für die restlichen 200'000 Franken zusätzlich die Betreibung auf Konkurs eingeleitet *(Seite 6)*. Wenn die UBS auch diese Summe eintreiben kann und wenn die UBS den ehemaligen Besitz der Taugwalders zu einem guten Preis wiederverkaufen kann, dann geht die Rechnung der UBS-Schuldeneintreiber (Recovery-Agenten) mehrfach auf. Im Jahre 1994 hat nämlich die UBS an die Familie Taugwalder Kredite in der Höhe von 1,3 Millionen gesprochen. Die *Rote Anneliese* hat berechnet *(siehe Grafik)*, dass bei einem Wiederverkaufspreis von 2,2 Millionen die UBS über die vergangenen 8 Jahre auf einen überrissenen Zinssatz von 10,6 % kommt. Wird das Objekt zum geschätzten Verkaufswert von 2,5 Millionen verkauft, dann kassiert die UBS horrende 13,5 % und beim Verkauf zum Realwert von 2,9 Millionen astronomische 17,3 %.

UBS 1994: «Wir freuen uns, ihnen dienen zu können»

Taugwalder baute bereits 1968 auf dem geerbten Grundstück. 1984, 1989 und 1994 nahm er Um- und Ausbauten vor. Die UBS gewährte ihm grosszügig Kredite von insgesamt 1,3 Millionen. Die damalige SBG Zermatt schrieb: *«Wir freuen uns, Ihnen mit dieser Kreditgewährung dienen zu können.»*

Ab 1996 hatte Taugwalder Schwierigkeiten, den Zinsforderungen der UBS nachzukommen. Zwei Hauptgründe waren dafür verantwortlich: Erstens ein markanter Rückgang im Geschäftsgang und zweitens die zu hohe Hypothekarverschuldung. Trotz der Zahlungsschwierigkeiten unternahm die UBS keine Schritte zur Beratung und Sanierung. Sie liess Taugwalder im Glauben, die Probleme würden schon irgendwie gelöst. Im Mai 1998 setzte die UBS der Familie Taugwalder das Messer an den Hals, kündigte überraschend die Kredite und forderte eine Rückzahlung innert sechs Monaten oder die Begleichung der Zinsschulden.

UBS verweigert Teilrückkauf

Laut UBS-Schreiben belief sich die Gesamtschuld am 30. November 1998 auf 1,465 Millionen. Im Juni 1999 leitete die UBS die Betreibung ein und im November 2001 erfolgte die Versteigerung. Statt dem bedrängten Schuldner eine Sanierungsberatung anzubieten, erstreckte die UBS die Frist laufend. Die Zinsen, Verzugszinsen und Spesen türmten sich immer höher auf. Die Zeit lief grosszügig für die Grossbank, denn der Gegenwert für die Hypothek und die auflaufenden Zinsen waren mit dem Pfandobjekt vorhanden.

Zwei Wochen nach der Steigerung vom 30. November 2001 unterbreitete Taugwalder der UBS in zwei Schreiben ein Angebot zum Teilrückkauf der Liegenschaft. Doch für eine solche menschliche Lösung zeigte der verantwortliche UBS-Prokurist Daniel Pignat kein Gehör. Pignat, der für die Unterwalliser CVP im Grossrat sitzt, gab unverhohlen zu, dass es der UBS um eine möglichst hohe Rendite geht: *«Die UBS AG hat auch Vertragsfreiheit und kann ihre Partner selbst aussuchen. In*

German Taugwalder in seinem Kiosk: Die UBS nahm ihm alles und verweigerte einen Teilrückkauf.

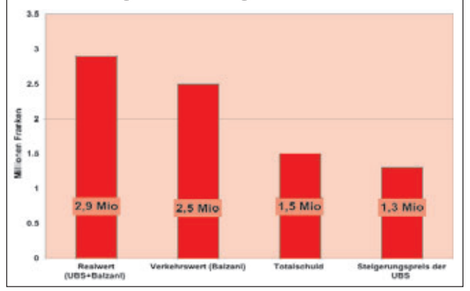
Galgenhumor: *German Taugwalder hat auf das Namenschild seiner versteigerten Wohnung den Namen von UBS-Präsident Marcel Ospel geschrieben.*

Zahlen des Bundesamtes für Statistik

Im Wallis gab es im Jahr 2001:

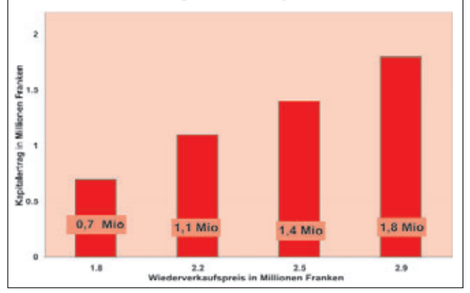
- **123'166 Zahlungsbefehle**
- **53'004 Pfändungsvollzüge**
- **12'389 Verwertungen**
- **328 Konkurseröffnungen**

Bewertungen der Liegenschaft



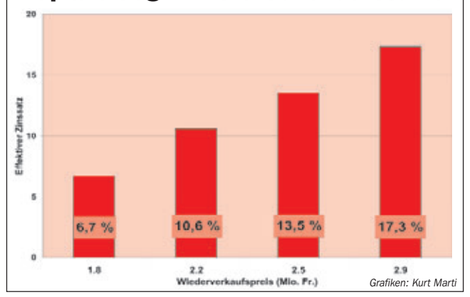
Spottpreis der UBS: *Die UBS und der Architekt Elias Balzani schätzten für Taugwalders Liegenschaft einen Realwert von 2,9 Millionen. Die UBS steigerte das Objekt zum Spottpreis von 1,3 Millionen.*

Kumulierter Kapitalertrag 1994–2002



Horrende Erträge: *Falls die UBS die Liegenschaft beispielsweise für 2,2 Millionen verkauft und die zusätzlich geforderten 200 000 Franken eintreiben kann, dann hat sie aus ihren Krediten von 1,3 Millionen Franken in acht Jahren rund 1,1 Millionen herausgewirtschaftet. Bei einem Verkaufspreis von 2,5 Millionen sind es gar 1,4 Millionen und beim Verkauf zum Realwert horrende 1,8 Millionen.*

Kapitalertrag in Prozent über acht Jahre



Horrende Zinssätze: *Wenn die UBS die Liegenschaft für 2,2 Millionen verkauft, dann winkt ihr ein Zinssatz von 10,6 % über die letzten 8 Jahre.*

diesem Fall handelt es sich um eine Liegenschaft, welche als Renditeobjekt bezeichnet werden kann, und die potenziellen Käufer erwerben nur ein Gesamtpaket.»

Taugwalder lehnt «Schweigegeld» ab

Eine Schwierigkeit hatte die UBS allerdings noch: Taugwalder, der ehemalige Zermatter Gemeinderat, Gemeinderichter, Registerhalter und CSP-Grossratssuppleant gilt in Zermatt gelinde gesagt als wenig pflegeleicht. Dazu haben seine bissigen Leserbriefe über die Gebühren und seine Äusserungen an Urversammlungen und in TV-Beiträgen zur Privatisierung des Elektrizitätswerkes Zermatt und zur Sanierung der Burgergemeinde das ihre beigetragen. Es war anzunehmen, dass Taugwalder rechtlich und öffentlich gegen die UBS vorgeht und dass er sich bis zum letzten weigert, seinen ehemaligen Besitz zu verlassen (siehe Homepage unter www.u-b-s.org). Die UBS hatte ihr pfandgesichertes Guthaben um rund 200'000 Franken unterboten und war laut Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz berechtigt, dafür gegen Taugwalder den Konkurs einzuleiten. Nun zeigte sich die UBS plötzlich grosszügig. In einem Schreiben, das auch von UBS-Prokurist Wolfgang Schnyder, CSP-Gemeinderat von Gampel, unterschrieben ist, teilt die UBS Sitten mit, dass sie bereit sei, auf die 200'000 Franken zu verzichten, wenn Taugwalder die Liegenschaft innert sechs Wochen räumt, keine gerichtlichen Verfahren ein- oder weiterführt und wenn er über den *«Verzicht»* der UBS Stillschweigen bewahrt.

Taugwalder jedoch dachte nicht daran, sich mit einem *«Schweigegeld der UBS»* selbst kaltzustellen. Stattdessen reichte er im vergangenen Juli beim Untersuchungsrichter des Bezirkes Visp Strafanzeige gegen die Recovery-Abteilungen der UBS Sitten ein. Unter Verweis auf die Unschuldsvermutung enthält seine Strafanzeige folgende Punkte: *«Vermutete doppelte Belastung von Zinsen, Umgehung der Steigerungsbedingungen, Falschaussage, Nötigung, Bereicherung und Schadenersatz.»* Die UBS hingegen weist sämtliche Vorwürfe Taugwalders in aller Entschiedenheit zurück: *«Es wurden keine gesetzlichen Richtlinien umgangen.»* Der Untersuchungsrichter muss nun die offenen Fragen und Ungereimtheiten im Fall German Taugwalder korrekt abklären. Auch der mittellose Taugwalder hat ein Anrecht darauf.

UBS machte das alleinige Angebot

War die Versteigerung abgesprochen?

ZERMATT **– Seltsam ist das schon: Rund 30 InteressentInnen nehmen an der Versteigerung teil, aber nur die UBS macht ein Angebot für das Wohn- und Geschäftshaus von German Taugwalder; nota bene 1,6 Millionen unter dem Realwert der Liegenschaft! Für Taugwalder und seinen Anwalt Georges Schmid ist klar: Die Versteigerung war abgesprochen. Die UBS weißt diesen Vorwurf mit Entschiedenheit zurück.**

VON KURT MARTI

An der gutbesuchten Versteigerung vom 30. November 2001 im Zermatter Restaurant Pollux sind rund 30 Interessenten anwesend. Die UBS macht ein Angebot von rund 1,3 Millionen für eine Liegenschaft, deren Realwert sie selbst auf 2,9 Millionen Franken schätzte und welche der zuständige UBS-Prokurist und CVP-Grossrat Daniel Pignat als *«Renditeobjekt»* bezeichnet hat. Obwohl die pfandgesicherte Forderung der UBS rund 1,5 Millionen beträgt, unterbietet die UBS diese Forderung um 200'000 Franken. Dies ist nur möglich, weil niemand mitbietet.

Wieso hat niemand mitgeboten?

Gegen die Versteigerung hat Taugwalder eine Beschwerde eingereicht, welche aber wegen Nichteinhaltung der Frist von allen Instanzen bis zum Bundesgericht abgewiesen wurde. Brisant allerdings ist die Bemerkung von Taugwalders Anwalt Georges Schmid in der Beschwerdeschrift: *«Die Grundpfandgläubigerin hat sinngemäss mit den anderen Interessenten einen stillschweigenden Vertrag in dem Sinne abgeschlossen,*

a) dass niemand mitsteigerte, was sich wettbewerbsverfälschend auswirkte.
b) welcher die pfandgesicherte Forderung um über Fr. 200'000.– unterschritt, um sich dadurch eine zusätzliche Pfandausfallforderung zu sichern.»

Taugwalder ist überzeugt, dass es sehr wohl weitere Interessenten gab. *«Kurz nach der Versteigerung hielt mir UBS-Prokurist Daniel Pignat eine Beige von rund 10 Kaufnachfragen unter die Nase.»* Erstaunlicherweise hatte die UBS Zürich eine Woche vor der Versteigerung dem Prokuristen Pignat eine Vollmacht für einen maximalen Steigerungsbetrag von 1,34 Millionen erteilt. Haargenau zu diesem Betrag kam Taugwalders Liegenschaft unter den Hammer.

Betreibungsbeamter Lengen: «Ein gewisses Verständnis»

Klemens Lengen, der Betreibungsbeamte des Bezirkes Visp, hat in seiner Stellungnahme zur Beschwerde für die Anliegen von Taugwalder *«ein gewisses Verständnis»*. Beklagt aber die fehlende Rechtsgrundlage, um hier im Interesse des Schuldners eingreifen zu können. Falls Taugwalder mit seinem Anliegen einer Wiederholung der Versteigerung durchkäme, *«wäre dies eine revolutionäre Entwicklung in der schweizerischen Zwangsvollstreckung.»*

Laut Kantonsgericht *«sind keinerlei Anhaltspunkte für ein Einwirken der UBS oder Dritter auf die Versteigerung erkennbar.»* Und auch die UBS weist den Vorwurf *«in aller Form und mit aller Entschiedenheit zurück.»*

Datenschutz mit fünf bürgerlichen Männern

«Ein Affront gegen die SP und die Frauen!»

SITTEN **– Die bürgerlichen Parteien wollen fünf Männer aus ihren Reihen in der Datenschutzkommission. Die beiden Kandidatinnen der SP werden vom Grossratsbüro abgelehnt. Die Begründung: Keine Juristinnen! Für SPO-Fraktionschefin Susanne Hugo ist klar: «Das ist ein Affront gegen die SP und die Frauen!»**

VON KURT MARTI

Noch vor dem geschlossenen Rücktritt der bisherigen Datenschutzkommission hat die SP mittels einer Motion Kuster einen Datenschutzbeauftragten gefordert. Während mehr als zwei Jahren blieb die SP an diesem Thema dran. Eine Arbeitsgruppe Datenschutz schlug darauf Kriterien für die Wahl der Kommissionsmitglieder vor: Zwei Juristen (ein Oberwalliser und ein Unterwalliser); drei weitere Mitglieder mit guten Informatikkenntnissen; Kenntnisse in Geschäftsführung; einen Arzt; Interesse an Datenschutzfragen und Kenntnisse in der zweiten Landessprache.

Man wollte einen Studierten und keine Frau von der Praxis

Die SP schlug zwei Kandidatinnen vor: eine angehende Juristin in Weiterbildung Kriminologie sowie die Oberwalliser GBI-Sekretärin Judith Venetz, welche tagtäglich mit arbeitsrechtlichen Problemen zu tun hat. Beide mit sehr guten Sprachkenntnissen, sehr motiviert und interessiert. Die bürgerlichen Fraktionspräsidenten hatten freilich an diesen Kandidatinnen keine Freude. Sie wollten keine politische Wahl. Ausnahmsweise sollte allein die fachliche Kompetenz den Ausschlag geben!

Trotzdem schlugen sie fünf Männer aus ihren Reihen vor! Die SP-Vertreterinnen wurden aus dem Rennen gekippt, weil sie keinen juristischen Titel aufzuweisen haben. Man wollte einen Studierten haben und keine Frau, welche jeden Tag mit ArbeiterInnen und Leuten mit sozialen Problemen zu tun hat und für welche der Datenschutz ein brennendes Thema ist. Zum Beispiel bei der Vermittlung durch die RAVs. Zum Beispiel bei der Sprechung von Fürsorgegeldern, wo sämtliche GemeinderätInnen die Nasen in die Dossiers stecken dürfen und die Namen aller kennen, die beim Sozialamt vorbei müssen.

Kein Deutsch, null Problemo!

SPO-Fraktionschefin Susanne Hugo ist verägert: *«Diese parteipolitische Auswahl ist ein Affront gegenüber den Bemühungen der SP zugunsten der Neuorganisation der Datenschutzkommission und gegenüber den Frauen.»* Dass einer der bürgerlichen Männer keine Deutschkenntnisse hat, störte die Fraktionspräsidenten nicht weiter. Da biegt man die Kriterien wieder für die eigenen Kandidaten optimal zurecht. Die fünf Männer müssen noch vom Grossen Rat bestätigt werden. Eine reine Formsache.

Walliser Tourismuspolitik:

Seit sechs Jahren wird geschnydert!

SITTEN **– Vor sechs Jahren trat das Walliser Tourismusgesetz in Kraft. Darin wird die Erarbeitungen einer Tourismuspolitik gefordert. Seit drei Jahren liegt der Entwurf auf dem Tisch von Staatsrat Wilhelm Schnyder.**

VON KURT MARTI

- 1996 tritt das Walliser Tourismusgesetz in Kraft. Gegen die Forderung der SP werden keine tourismuspolitischen Richtlinien ins Gesetz genommen. Festgeschrieben wird die Erarbeitung einer Tourismuspolitik.
- Der verantwortliche Staatsrat Wilhelm Schnyder nimmt die Sache in die Hand und beauftragt Werner Schnyder, den Chef der Dienststelle für Tourismus, mit der Koordination.
- Im Juni 1999 liegt der Entwurf der «Tourismuspolitik des Kantons Wallis» auf dem Pult von Staatsrat Schnyder. Er beinhaltet eine Analyse, ein Leitbild und Massnahmen.
- Die Analyse und das Leitbild sind fast wortgetreu aus dem Bulletin des Grossen Rates (1995) abgeschrieben und entsprechen der Botschaft des Staatsrates zum Tourismusgesetz. Wissenschaftlich abgestützt ist die Analyse und das Leitbild auf eine veraltete Studie TOMAS aus dem Jahre 1988.
- Die Massnahmen sind bloss eine stichwortartige Auflistung unverbindlicher Massnahmen, z. B. die «bessere Information der Bevölkerung», die «Verbesserung der Ausbildung», die «Aufwertung des Angebotes». Von einer handfesten Tourimuspolitik keine Spur.
- Im Bereich der Umwelt werden neue touristische Anlagen, mehr Parkplätze und eine Lockerung der Lex Friedrich propagiert. Zum umweltschädlichen Heliskiing und zu den drei Gebirgslandeplätzen im Unesco-Gebiet sagte Werner Schnyder: *«Die Helilandeplätze waren vorher da.»*
- Anfang Oktober 2002 meldet die RZ, dass der Bericht zur Tourismuspolitik bereits seit drei Jahren auf dem Tisch des Staatsrates liegt. Verständlicherweise wollte und konnte Urs Zenhäusern, Direktor von Wallis Tourismus, nichts dazu sagen!

Tourismuspolitik konkret: *Mountain Wilderness protestierte gegen Helilandeplätze im Unesco-Gebiet. Werner Schnyder: «Die Helilandeplätze waren vorher da.»*

Geplante Schliessung der Briefzentren

Das hat uns die CVP eingebrockt!

OBERWALLIS/BERN **– Mit grosser Betroffenheit und wilden Resolutionen reagierte die CVP Schweiz auf den geplanten Stellenabbau der Briefzentren. Ein inszeniertes Theater! Denn keine drei Wochen zuvor hat die CVP-Fraktion unter Jean-Michel Cina die Liberalisierung der Post aktiv vorangetrieben, die finanzielle Abgeltung der Poststellen verhindert und einen Vorstoss für mehr Arbeitsplätze in Randregionen versenkt.**

VON KURT MARTI

«Die CVP hat die Abbaupläne der Post mit Betroffenheit zur Kenntnis genommen. Die CVP sieht der drohenden Abwanderung von Arbeitsplätzen aus den Randregionen mit tiefer Besorgnis entgegen», liess die CVP im Oktober verlauten, als bekannt wurde, dass die Post die Briefzentren von 18 auf 3 reduzieren will und damit 3500 Arbeitsplätze vor allem in den Randregionen vernichtet. In Brig und Sitten zusammen 155. In einer Resolution fordert die CVP:

- Die Post soll möglichst viele Verteilzentren und Poststellen erhalten.
- Die Post soll die Interessen der Randregionen berücksichtigen.
- Die Post soll eine grosse Anzahl von Lehrstellen in allen Landesteilen erhalten.

Liberalisierung heisst weniger Poststellen

1

Die Forderungen der CVP stehen im klaren Widerspruch zum Abstimmungsverhalten der CVP-Fraktion im Nationalrat. Kaum drei Wochen vor Bekanntgabe der Abbaupläne der Post hat die CVP im Nationalrat die Post-Liberalisierung erfolgreich vorangetrieben. Vergeblich versuchte CSP-Nationalrat Odilo Schmid seine Kollegen umzustimmen. Die CVP-Fraktion stimmte mehrheitlich für die Liberalisierung der Paketpost im Jahr 2004 und für eine Senkung der Monopolgrenze bei der Briefpost auf 100 Gramm im Jahre 2006. Heute finanziert die Briefpost das Poststellennetz mit rund 420 Millionen Franken und die Paketpost leistet einen Beitrag von rund 80 Millionen Franken. Mit der Liberalisierung fallen diese Finanzierungsquellen grosstenteils weg. Wenn die Post weniger Geld einnimmt, muss sie aus betriebswirtschaftlichen Gründen rationalisieren, das heisst Briefzentren und Poststellen abbauen.

Jean-Michel Cina für Liberalisierung

SP-Nationalrat Andrea Hämmerle versuchte den Liberalisierungs-Schnellzug zu stoppen und wollte die Vorlage an den Bundesrat zurückweisen. Sein Begehren wurde mit 96 zu 75 Stimmen abgelehnt *(siehe Tabelle)*. Die SP und die Grünen unterstützten Hämmerles Vorstoss einstimmig, die CVP war mehrheitlich dagegen (22 zu 9), also für eine weitere Liberalisierung. Interessant sind die Voten der Walliser Nationalräte: Gegen eine weitere Liberalisierung votierten die SP-Nationalräte Peter Jossen und Stéphane Rossini, der CSP-Nationalrat Odilo Schmid, die CVP-Nationalräte Fernand Mariétan und Maurice Chevrier. Für eine weitere Liberalisierung stimmte CVP-Nationalrat und Fraktionspräsident Jean-Michel Cina und der FDP-Nationalrat Charles Antille.

Schlussabstimmung: Wo war Cina?

In der Schlussabstimmung zur Bundesvorlage war die CVP noch klarer für die Liberalisierung der Post, nämlich mit 22 zu 4 Stimmen. Einzig die Walliser CVP-Vertreter Schmid, Chevrier und Mariétan sowie der Jurassier Lachat stimmten gegen die Liberalisierung. Wiederum votierten die SP und die Grünen geschlossen gegen die Liberalisierungspläne der Post. Bezeichnenderweise war Jean-Michel Cina bei diesem für das Wallis so wichtigen Geschäft abwesend! Hätte die CVP gegen die Liberalisierung gestimmt, wäre die Vorlage nicht durchgekommen.

CVP-Zick-Zack Nummer 2

2

Damit nicht genug. Auch bei der Abgeltung der Poststellen ist auf die CVP kein Verlass. Zwar ist sie nicht verlegen, wenn es darum geht, Forderungen an die Post zu stellen. Dass Leistungen etwas kosten, vergisst sie gelegentlich. Angesichts der Wahlen jedoch scheint das Gedächtnis wieder besser zu funktionieren, wie der folgende CVP-Zick-Zack zeigt:

Juli 2001: Die CVP brüstet sich mit Ihrem Papier zum Service public. Frech fordert sie: «*Die CVP ist der Auffassung: Service public im Postbereich kann auch etwas kosten.*»

Mai 2002: Die CVP will die Liberalisierung der Post nur so weit treiben, dass *«von der Post keine Subventionen in Anspruch genommen werden müssen.»*

4. Oktober 2002: Die CVP-Fraktion lehnt einen Antrag von SP-Nationalrat Peter Jossen mehrheitlich ab, der 100 Millionen Bundesgelder für die Abgeltung der ungedeckten Kosten des Poststellennetzes einsetzen möchte.

25. Oktober 2002: Die Post plant die Schliessung von 15 Briefzentren und den Abbau von 3500 Arbeitsplätzen. Mit einer Resolution fordert die CVP Schweiz das Parlament auf, das Postgesetz zu ändern! Die Post soll verpflichtet werden, die Interessen der Regionen zu berücksichtigen: *«Es reicht nämlich nicht, dass sich der Bund darauf beschränkt, die Bedürfnisse aller seiner Regionen nur via Finanzausgleich zu berücksichtigen.»*

Jean-Michel Cina für Postliberalisierung: *Werden 65 Postmitarbeiter-Innen in Brig entlassen?*

CVP-Zick-Zack Nummer 3

3

Eine parlamentarische Initiative von SP-Nationalrat Andrea Hämmerle verlangte, dass die Bundesbetriebe Post, SBB und Swisscom ihre Arbeits- und Ausbildungsplätze flächendeckend in allen Regionen anbieten müssen. Damit wird eine Benachteiligung der Randregionen verhindert. Die Vorlage scheiterte im Nationalrat nur mit vier Stimmen Unterschied. Die CVP stellte sich mit 22 zu 9 Stimmen mehrheitlich gegen die Interessen der Randregionen. Drei zusätzliche CVP-Stimmen hätten genügt, um das Blatt zu wenden.

Keine drei Wochen später stellt die CVP Schweiz munter Forderungen an die Post auf:

- Die Post soll *«so viele Verteilzentren und Poststellen wie möglich erhalten.»*
- Die Post soll *«eine grosse Anzahl von Lehrstellen in allen Landesteilen erhalten.»*
- Die Post soll die Arbeitsplatzsituation in den Regionen nicht schwächen.
- Die Post soll *«den Regionen mehr Beachtung schenken.»*

Bange Frage: Wann kommt der nächste Rückzieher?

Antrag Hämmerle: Gegen Liberalisierung des Postmonopols

	SP	Grüne	CVP	FDP	SVP	EVP	LPS	Total
Ja	48	10	9	0	2	4	0	75
Nein	0	0	22	36	32	0	6	96

Schlussabstimmung: Für Liberalisierung des Postmonopols

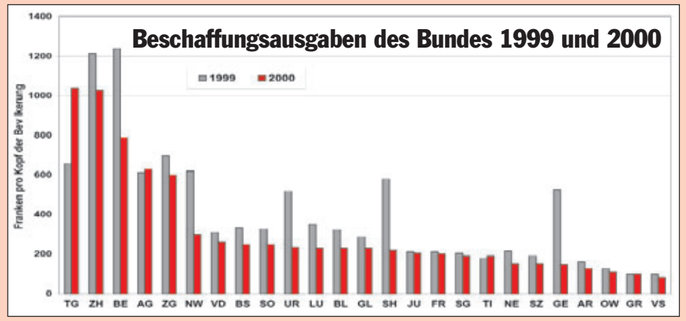
	SP	Grüne	CVP	FDP	SVP	EVP	LPS	Total
Ja	0	0	22	0	2	1	0	75
Nein	47	10	4	35	34	0	6	96

Kommentar:

Schöne ETH-Studien

Das Wallis verliert *immer mehr Bundesaufträge. Immer mehr Arbeitsplätze bei der Post gehen verloren. Der Walliser Wirtschaftsminister Jean-René Fournier kündigt eine schöne ETH-Studie an: «Auswirkungen der Liberalisierung der öffentlichen Dienste auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im Alpenraum». Der Nationalfonds hat Gelder gesprochen und damit die Neugier der ETH-Forscher und eines privaten Beratungsbüros geweckt. Das Beratungsbüro stammt – man darf dreimal raten – ebenfalls aus Zürich. Das Resultat der Studie soll erst nächstes Jahr vorliegen. Doch Staatsrat Fournier nimmt es gleich vorweg: Die Liberalisierung führt zu einer Spitzenversorgung im Mittelland und die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen im Wallis wird verschlechtert. Doch das wissen wir bereits. Dafür braucht es keine neue Studie.*

Wieso ist das Wallis immer *das Schlusslicht, wenn es um Bundesaufträge und um Arbeitsplätze im Service public geht? Sicher nicht, weil es zu teuer produziert, sondern weil die Nachfrage des Bundes und das Produktionsangebot des Wallis nicht aufeinander abgestimmt sind. Hier müsste eine Studie ansetzen und Massnahmen vorschlagen.*



Immer weniger Bundesaufträge

Schlusslicht Kanton Wallis

(ktm) – Der Bund verteilt im Jahr Aufträge in der Höhe von 3'400'000 Millionen Franken. Den Weg ins Wallis fanden davon im Jahr 2000 lumpige 23 Millionen Franken. Der Löwenanteil geht an die Kantone Zürich mit 1 300 Millionen, Bern mit 746 Millionen. Pro Kopf der Bevölkerung erhält der Kanton Wallis knapp 85 Franken und liegt damit am Schluss der Rangliste *(siehe Grafik)*. Tendenz stark sinkend, denn 1998 waren es noch 130 Franken und 1999 noch rund 100 Franken. Mit 1000 Franken pro Kopf liegen die Kantone Thurgau und Zürich an der Spitze der Rangliste, gefolgt von Bern mit 800 Franken und Aargau mit 600 Franken. Wieso hat das Wallis nicht mehr Aufträge? Die Antwort des Eidgenössischen Finanzdepartementes lautet: *«Das öffentliche Beschaffungswesen ist kein Mittel zur Erreichung von regionalpolitischen Zielen.»* Gemäss Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen ist immer *«das wirtschaftlich günstigste Angebot zu berücksichtigen.»*

Das RA-Interview mit Gottlieb Guntern

Eliten, Enron und Ethik

Weltweit brechen Spitzen-Unternehmen wie Enron oder Worldcom zusammen. In der Schweiz werden Traditionsunternehmen wie die Rentenanstalt von Managern als private Geldmaschinen missbraucht. Gottlieb Guntern, der Querdenker aus dem Oberwallis, hatte mit seinem Engagement bei der Management-Beratungsfirma Arthur Anderson Einblick in das Gehirn des Monsters. Er sprach mit der Roten Anneliese über die Krise in der Wirtschaft, über Management-Mentalitäten und über seine Ansichten zur aktuellen politischen Lage – weltweit.

Gottlieb Guntern im Gespräch mit Kumar Patel anlässlich des diesjährigen Zermatter Symposiums.

***Rote Anneliese:** Francis Fukuyama sprach beim Zusammenbruch des real nicht existierenden Sozialismus vom Ende der Geschichte. Daraufhin konnten die neoliberalen Prediger in der Wirtschaft wie auch in der Politik zum ideologischen Rundumschlag ansetzen. Was halten Sie vom «Ende der Geschichte»?*

Gottlieb Guntern: Das Ende der Geschichte ist ein naiver Titel. Die Geschichte lehrt uns, dass weltweit immer wieder dasselbe passiert. Gesellschaften kommen und gehen. Die Kultur der Mayas ist ein gutes Beispiel hierfür. Sie erreichte eine grosse Blüte. Dann kam eine Serie von Krisen. Im 16. Jahrhundert, als die Spanier erschienen, kollabierte sie. Diese Geschichte wiederholt sich immer wieder rund um den Erdball. Das «Ende der Geschichte» ist ein verkaufsfördernder Buchtitel, mehr nicht.

***RA:** Weltweit serbelt die Wirtschaft, angesehene Firmen lösen sich an der Börse in Luft auf, Management-Gurus werden wegen Bilanzfälschung und Bereicherung angeklagt. Was ist los?*

Guntern: Die sogenannte Sharholder-Value-Mentalität hat den Manager-Mythos extrem übertrieben und schliesslich zum kippen gebracht. Die Hauptidee in den letzten zwanzig Jahren dieses «rationalen» Managements war maximalen Shareholder-Value zu produzieren. In dieser Zeit wurden vor allem Manager und Aktienbesitzer reich. Die daraus resultierenden sozialen Spannungen nahmen während den neunziger Jahren stark zu. Der anhaltende Boom an der Börse sowie Schnellkredite erlaubten dem kleinen Mann, Shareholder und Börsenspekulant zu werden und an die Fata Morgana vom ewigen Aufwärtstrend zu glauben. Unternehmen mussten nur noch Profite versprechen, nicht mehr welche erwirtschaften. So wurde die gierige Gesellschaft blind für kriminelle Machenschaften. Erst eine Krise bringt jeweils Licht in den Stall und macht die Schweinereien sichtbar. Genauso passierte es mit Enron, Worldcom und mancher Investment Bank. Finanzanalysten und Aktienhändler verkauften ihren Kunden Aktien, die wertlos waren. In Zusammenarbeit mit dem Topmanagement von Enron fälschten Auditoren von Arthur Andersen, die eine ordentliche Buchführung garantieren sollten, systematisch Bilanzen. Wenn eine Hand die andere wäscht, werden oft beide Hände schmutzig. Das Hauptproblem der heutigen weltweiten Wirtschaftskrise

> «*Wenn eine Hand die andere wäscht, werden oft beide Hände schmutzig.*»

ist ein massives Misstrauen. Ein Freund von mir wurde während der McCarthy Ära in den USA gleichzeitig vom FBI und von der CIA beschattet. Auf der Tür seines wissenschaftlichen Labors sah ich einen Poster. Er zeigte einen kleinen Mann, der ängstlich-misstrauisch über die linke Schulter nach hinten blickt. Darunter stand der Satz, *«Selbst wenn du krankhaft misstrauisch bist, bedeutet dies noch lange nicht, dass sie nicht hinter dir her sind.»* Die Wirtschaft wird sich nicht erholen, bevor wir für mehr Integrität sorgen.

***RA:** Nach dem 11. September brach die USA einen Krieg gegen Afghanistan vom Zaun. Der Krieg gegen den Terrorismus ist allem Anschein nach ein Vorwand, um aufflammende Konflikte militärisch zu bekämpfen. Doch innenpolitisch steht die Bush-Administration vor einem Scherbenhaufen…*

Guntern: Primär war der 11. September ein Schock für die USA und die ganze westliche Welt. Die USA hatten seit dem Bürgerkrieg von 1865 – und mit Ausnahme des japanischen Überfalls auf Pearl Harbor im Jahre 1941 – keinen Krieg auf eigenem Territorium. Ein Angriff auf dem eigenen Territorium konnten sich die Amerikaner gar nicht vorstellen. Dem September-Schock folgten Wut und Rachegefühle. Ein bereits angeschlagener Präsident nutzte die Gunst der Stunde, lenkte vom innenpolitischen Debakel ab und konzentrierte die Aufmerksamkeit der Amerikaner auf einen aussenpolitischen Feind. Er wollte zudem die Schmach seines Vater rächen, der nach dem Golfkrieg gegen Saddam Hussein die Wiederwahl zum Präsidenten verloren hatte. George W. Bush und seine zum Teil im Ölgeschäft reich gewordenen Minister wollten den Zugang zu den grossen Ölfeldern im Dreieck Pamir – Kaspische See – Saudi Arabien sichern. Ein Krieg sollte die Rüstungsindustrie ankurbeln, die jeweils als Schrittmacher für die Erholung der Wirtschaft dienen kann.

> «*Ein Krieg sollte die Rüstungsindustrie ankurbeln.*»

***RA:** Hauptsponsoren des Zermatter Symposiums von 1999 waren unter anderem auch Arthur Andersen. Wie kam es zu dieser Zusammenarbeit, was waren ihre Ziele und weshalb wurde die Zusammenarbeit gekündigt?*

Guntern: Um meine Ideen und Konzepte auf dem Gebiet der Kreativität und Leadership weltweit zur Anwendung zu bringen, suchte der Stiftungsrat von CREANDO einen Partner. Wir fanden mit Arthur Andersen eine Unternehmung, welche im Unterrichts- und Consultingsektor einen sehr guten Namen hatte. Wir beschlossen ein gemeinsames Forschungs- und Entwicklungsprojekt, das ich während zwei Jahren leitete. Aus bestimmten Gründen verzichtete ich im Mai des letzten Jahres auf eine Erneuerung unseres Vertrags. Im Spätherbst platzte dann der Enron Skandal.

> «*Aus bestimmten Gründen verzichtete ich im Mai des letzten Jahres auf eine Erneuerung unseres Vertrags.*»

***RA:** Gegen Arthur Andersen wurde im Zusammenhang mit dem Enron-Skandal Anklage wegen Bilanzfälschung erhoben. Frage: hatten sie zu diesem Zeitpunkt schon eine Vorahnung, dass Arthur Andersen auch im Enron-Skandal mit drin hängt?*

Guntern: Nein, ich arbeitete mit dem europäischen Business Consulting von Andersen. In die Enron Affäre war das amerikanische Andersen Auditing involviert.

> «*In die Enron Affäre war das amerikanische Andersen Auditing involviert.*»

***RA:** In Folge der zahlreichen Managementfehlern und der zum Teil skrupellosen Wirtschaftselite wird nun von den Medien wieder das ethische Handeln der Unternehmungsführung gefordert. Haben die jungen Manager überhaupt einen ethischen Hintergrund und was sind ihre Handlungsgrundlagen?*

Guntern: Die jungen Leute, die in der Wirtschaft Führungsposten suchen, kommen ja alle von den sogenannten Business-Schools. Neuerdings gibt es an diesen Hochschulen auch einen Ethik-Lehrstuhl. Allerdings verwenden die Studenten bloss ungefähr drei bis vier Prozent ihrer Studienzeit, um sich mit derartigen Fragestellungen zu beschäftigen. Diese Zeit reicht bei weitem nicht aus, um dieses Wissen in den Köpfen der Studenten auf lange Zeit hinaus zu verankern. Eigentlich müsste dieses Wissen ein Teil ihres Knochenmarkes sein. Eines meiner Konzepte heisst «Code of Conduct». Jedes Humansystem (jedes Individuum, Team, Unternehmen, jede Nation oder Kultur) steuert seine Operationsweisen mit Hilfe eines Code of Conduct. Meiner Ansicht nach ist dieser Code of Conduct vierwertig. Der konzeptionelle Code enthält Werte und Regeln, die uns helfen, einen Aspekt der Welt so zu beschreiben und zu erklären, dass wir ihn verstehen. Der technische Code sagt uns, wie wir auf der Grundlage unseres Verstehens erfolgreich handeln können. Der ästhetische Code legt fest, was schön und was hässlich, was guter Stil und was schlechter Stil ist. Und der ethische Code legt fest, was moralisch integer und was nicht integer ist. Der Code of Conduct der gierigen Gesellschaft, deren Wesensmerkmale ich in meinen Büchern analysiere, gleichen einer Bruchharstlandschaft voller Widersprüche und Inkohärenzen.

***RA:** In ihren Sachbüchern fordern Sie die Abkehr von der Mediokratie, vom Mittelmass und wollen neue Eliten in allen Bereichen der Gesellschaft fördern…*

Guntern: Meiner Meinung nach besitzt jede gesunde Gesellschaft voneinander unabhängige Eliten, die sich gegenseitig kontrollieren. Eine Elite ist in meiner Definition eine Gruppe von Menschen, die auf ihrem Fachgebiet über überdurchschnittliche Kompetenzen verfügt. In der mediokratischen Gesellschaft haben wir einen geradezu hysterischen Elite-Kult auf zwei Gebieten: im Spitzensport und Top-Entertainment. Aber auf anderen Gebieten, beispielsweise in der Politik, in den Kirchen, in der Wirtschaft, im Erziehungs- und Gesundheitswesen, die für das Überleben und die anhaltende Entwicklung einer Gesellschaft von vitaler Bedeutung sind, werden Eliten mit Misstrauen gesehen oder gar verteufelt. Das ist gefährlich, denn die Chancengleichheit in der demokratischen Gesellschaft können wir nur fördern, wenn wir starke und voneinander relativ unabhängige Eliten entwickeln, die sich gegenseitig auf die Finger schauen. Der Beweis für meine These? Diktatoren, die ein totalitäres Regime installieren, eliminieren zuerst die autonomen Eliten und ersetzten diese durch eine Clique von Gaunern, die zwar Raffgier, aber keine wertvollen Kompetenzen aufweisen.

Gottlieb Guntern
wurde 1939 in Ritzingen geboren. Er besuchte das Kollegium in Brig und arbeitete nach seinem Studium der Medizin als Arzt in Saas-Fee. Er spezialisierte sich in der Psychiatrie. Nach einem Forschungsaufenthalt in den USA leitete er während 10 Jahren als Chefarzt das von ihm konzipierte Psychiatrie Zentrum Oberwallis im Spital Brig. 1989 gründete Gottlieb Guntern, zusammen mit seiner Gattin Greta Guntern-Gallati, CREANDO – The International Foundation for Creativity and Leadership. Er widmet sich seither der Kreativitätsforschung und organisiert die jährlich stattfindenden Internationalen Symposien zum Thema Kreative Leadership in Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft. Guntern hat zahlreiche Sachbücher verfasst. Soeben ist sein erster Roman «Himbeer-Hulda» erschienen.

Europa nach PISA: Finnland top, Schweiz nur noch Mittelmass?

Bildung ist den Finninnen und Finnen etwas wert!

HELSINKI **– Kaum ein Fünftel der Schweizer SchulabgängerInnen ist in der Lage einen einfachen Text zu verstehen. Dieses blamable Ergebnis zeigt: Die Schweizer SchülerInnen sind nicht besser als ihre SkifahrerInnen. An der Spitze glänzt dafür der Musterschüler Finnland. Die markanten Unterschiede zugunsten der Skandinavier: Grössere Chancengleichheit, bessere Integration und späte Selektion.**

VON PATRICK ZEHNER, HELSINKI

Rund 20 Prozent der Schweizer SchülerInnen sind nach der obligatorischen Schulzeit höchstens in der Lage, einen ganz einfachen Text zu verstehen. Ein Drittel von ihnen vermag selbst dies nicht: Die Schweiz liegt somit bei der PISA-Studie im Bereich Lesefähigkeit an 18. Stelle. Ein blamables Ergebnis! Im Norden Europas sind solche Ergebnisse undenkbar: Finnland führt die PISA-Studie in etlichen Bereichen an. Drei Hauptgründe:

Chancengleichheit, späte Selektion und Integration

«Der Unterricht soll zur Förderung der Bildung und Gleichberechtigung in der Gesellschaft sowie der Voraussetzungen für lebenslanges Lernen beitragen», dies sind die Grundsätze des finnischen Bildungswesens. Ein zentrales Ziel ist es, allen FinnInnen gleiche Bildungsmöglichkeiten zu bieten – unabhängig von Alter, Wohnort, Vermögensverhältnissen, Geschlecht oder Muttersprache. So ist etwa die Ausbildung auch in der Sekundarstufe II grösstenteils kostenfrei und berechtigt zum Anspruch auf Ausbildungsförderung. In Finnland wird eine Ausbildung, die ausschliesslich im allgemeinbildenden Bereich erhalten wurde, als nicht ausreichend angesehen. Die Struktur des finnischen Bildungssystems ermöglicht deshalb jedem eine berufliche Ausbildung oder Hochschulbildung.

Das Finnische Bildungssystem kennt während der obligatorischen Schulzeit keine Aufteilung in Niveaus, bzw. Sekundar- und Realschule. Alle SchülerInnen besuchen während neun Jahren dieselbe Schule. In Finnland wird zudem nie jemand von der Schule gewiesen (in der Schweiz hat dies das Bundesgericht gutgeheissen) und für ausländische und schwache Kinder bestehen Förderungsprogramme: Nichtversetztwerden in die nächste Klasse passiert deshalb nur in seltenen Fällen. Eine eigentliche Selektion findet erst mit 16 statt *(siehe Seite 13)*.

Bildung hat Priorität

Bildung gehört zum grössten Rohstoff des sonst an Ressourcen armen Landes. Finnland gibt deshalb deutlich mehr aus für Bildung als die übrigen OECD-Länder im Durchschnitt (1998 5,7% des BIP, OECD: 5,0%). Besonders finanziell gefördert wird das breite Netz an Gesamtschulen. 39% der Bildungsausgaben fliessen dorthin, in die tertiäre Bildung 29% , in die Sekundarstufe II 24%. Finnland investiert viel in seine SchülerInnen und StudentInnen: 1996 etwa ein Fünftel mehr als die OECD-Länder im Durchschnitt ausgaben. Ab der Sekundarstufe II haben Studenten bei einer Studiendauer von mindestens 2 Monaten Anrecht auf Ausbildungsförderung. Das betrifft Studenten des *lukio,* des Polytechnikums, der Fachhochschulen oder Universitäten bis hin zur Promovierung (auch für Auslandsstudenten). Die normale Ausbildungsförderung beinhaltet eine Ausbildungsbeihilfe, einen Wohnzuschuss und eine staatliche Bürgschaft für das Ausbildungsdarlehnen. Für Studenten der Erwachsenenbildung wird auf der Grundlage anderer Kriterien eine Erwachsenenausbildungsförderung kalkuliert.

Betonung der Sprache und ein lesefreudiges Volk

Finnisch wird nur von ungefähr fünf Millionen Menschen gesprochen. Dementsprechend stark ist die Betonung von Fremdsprachen. Die FinnInnen beginnen bereits in der dritten Klasse mit Schwedisch, das sie bis zum Schulabschluss belegen. Eine zweite obligatorische Fremdsprache wird ab der siebten Klasse unterrichtet. Oft wird in der achten Klasse noch eine dritte Sprache belegt. Ausserdem sind FinnInnen Leseratten. Jeder Finne, jede Finnin leiht sich pro Jahr durchschnittlich 17 Bücher aus. Die alte Lesetradition des Landes hat sich somit seit Jahren kaum verändert. Davon zeugt auch die hohe Dichte an Bibliotheken. Doch FinnInnen bilden sich auch zuhause weiter. 22% der Bevölkerung zwischen 18 und 64 erwirbt sich privat neues Wissen für Arbeit oder Studium.

Frauendomäne Uni Helsinki: *Nirgendwo studieren so viele Frauen an Universitäten wie in Finnland. (Bild: Hauptgebäude Uni Helsinki)*

Das finnische Bildungssystem

Die Vorschule: Angenehmes Lernumfeld

Das finnische Vorschulsystem erreicht alle Sechsjährigen, die im darauffolgenden Jahr ins schulpflichtige Alter kommen. Die Teilnahme am Unterricht ist freiwillig und wird in Tagesschulen *(päiväkoti)* und Vorschulklassen der Gesamtschule angeboten. Ziel der Vorschulerziehung ist die Schaffung eines Spiel- und Lernumfeldes, das dem Kind anregende Aktivitäten anbietet und die Möglichkeit, sich gemeinsam mit anderen Kindern vielseitig zu entwickeln.

Die Gesamtschule: Späte Ausbildung, keine Selektion

Die eigentliche Ausbildung beginnt spät. Die Gesamtschule *(peruskoulu)* ist für alle Kinder von 7 bis 16 Jahren obligatorisch und kostenfrei: Alle Kosten für Bildung, inklusive Bücher, Schulmaterial, Mahlzeiten und sogar medizinische und zahnärztliche Check-ups werden von den Gemeinden übernommen. Das Netz der Gesamtschulen deckt das gesamte Land ab. Besonders die Schulen der Primärstufe (bis zur 6. Klasse) sind so dicht angelegt, dass sich für keinen Schüler ein übermässig weiter Schulweg ergibt. Zu Schulen, die mehr als 5 km entfernt sind, wird ein kostenloser Transport bereitgestellt. Während der gesamten obligatorischen Schulzeit findet keine eigentliche Aufteilung in Niveaus statt. Diese beginnt erst mit 16 Jahren, wenn sich die SchülerInnen für ihren weiteren Bildungsweg entscheiden.

Sekundarstufe: Vorbereitung

Beim *lukio* liegt der Schwerpunkt auf den allgemeinbildenden Fächern sowie in der Vorbereitung auf die Hochschulreife, bei der *beruflichen Erstausbildung* auf der Vermittlung von fachlicher Qualifikation. Diese Ausbildung wird allgemein als Mindestvoraussetzung für das Bestehen im Beruf und in bezug auf das lebenslange Lernen angesehen. Die Schülerauswahl erfolgt aufgrund früherer Lernergebnisse, die Bewerbung erfolgt in landesweiten Bewerbungsverfahren. Die Ausbildung wird auch für Erwachsene – auf deren jeweilige Lebenssituation abgestimmt – angeboten. In den letzten Jahren hat sich zudem in der Berufsbildung das sogannte «Apprenticeship Training» durchgesetzt. Dieses führt zur selben Qualifikation wie eine Berufsschule und wird mit einer Schlussprüfung abgeschlossen. Der Schulstoff beinhaltet das Studium aktueller Arbeitssituationen sowie theoretische Studien an öffentlichen Schulen. Die Studenten bekommen einen Lohn, der mindestens dem Minimallohn in der Branche entspricht. Auch der Arbeitgeber erhält vom Staat Entschädigungen für die Ausbildung des Studenten.

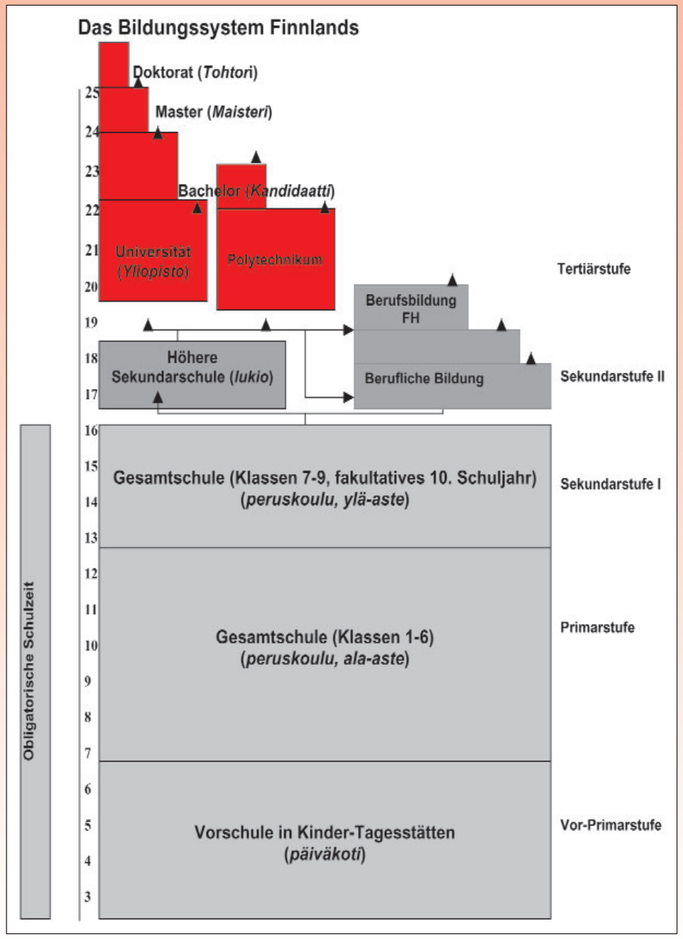
Tertiärstufe: Run um die besten Plätze

Ein hohes Bildungsniveau ist ein Grundstein der finnischen Gesellschaft. Die Kapazitäten im Tertiärbereich haben das angestrebte Niveau erreicht, wenn für zwei Drittel einer Altersklasse Hochschulplätze zur Verfügung gestellt werden können. Die Uni *(yliopisto)* wird von vielen angestrebt, die Zahl der Bewerber liegt aber meistens viel höher als die Zahl der Studienplätze. Die Erweiterung der Sekundarstufe II hat zudem zu einem Run auf die Studienplätze geführt. Zur besseren Ausnutzung der Studienkapazitäten wurde im Bewerbungsverfahren das Ein-Studienplatz-Prinzip eingeführt, wonach ein Student innerhalb eines Studienjahres nur einen Studienplatz entweder an einem *Polytechnikum* oder an einer Universität akzeptieren darf. Das Polytechnikum wurde in den Neunzigern eingeführt. Es dauert 3,5 bis 4,5 Jahre. Das Politechnikum bietet Abschlüsse in Engineering, Bau und Konstruktion, Business und Administration sowie Gesundheit und Sozialwesen.

Finnland mit seinen 5 Millionen Einwohnern leistet sich 20 (!!) Universitäten. Die Aufnahmeprüfungen sind allerdings hart: Nur 30% der Bewerber werden im selben Jahr zugelassen. Zwischen den Fakultäten gibt es grosse Differenzen: 53% Erfolgsquote beim Engineering, bei den Sozialwissenschaften sind es nur 18%, beim Jus gar nur 15%. Die Kunst und Design-Fakultät nimmt nur 4% der Bewerber auf. Wer den Eintritt geschafft hat, ist dann allerdings so gut wie durch: Nur ein Viertel beendet sein Studium nicht. Dies ist Spitze unter den OECD-Ländern.

Erwachsenenbildung: Das lebenslange Lernen

Die Erwachsenenbildung hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten zu einem immer wichtigeren Teil der landesweiten Bildungspolitik entwickelt. Sie wird in etwa 1000 Schulen und Hochschulen angeboten und betrifft jährlich etwa eine Million StudentInnen (jeden zweiten Erwachsenen!!). Sommeruniversitäten bieten zudem Bildung auf Universitätsniveau ohne nach Vorkenntnissen zu fragen.



Lebenslanges Lernen als Credo: *Das finnische Bildungssystem*

Ecuador: Hoffen auf den neuen Präsidenten

QUITO **– 20. Oktober 2002, Wahltag, Ecuador soll für die nächsten 4 Jahre einen neuen Präsidenten erhalten. Jeder, welcher das 18. Lebensjahr erfüllt hat und im Besitztum von Papieren ist, sprich einer Identität, war an jenem Sonntag verpflichtet, an die Urne zu gehen, um einem der 13(!) Präsidentschaftskandidaten seine Stimme zu geben. Resultat: Die ecuadorianische Bevölkerung, bestehend aus 80% Armen, wird Ende November noch einmal an die Urne gebeten.**

VON MARTINA SCHILD, ECUADOR

Zwei Kandidaten sind übriggeblieben, zur einen Seite Lucio Gutierrez, Oberst des ecuadorianischen Militärs, zur anderen Alvaro Noboa, Advokat und wohl einer der 10 reichsten Männer Südamerikas. Beide versprechen sie gegen die Korruption zu kämpfen, eine Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse und des Sozialwesens.

Januar 2000 bis Oktober 2002

Der gegenwärtige Präsident Dr. Gustavo Noboa wurde am 22. Januar 2000 vom Militär eingesetzt, nachdem am Vortag der 1998 gewählte Präsident Dr. Jamil Mahuad von Indianerverbänden und Teilen des Militärs aus dem Amt geputscht wurde. Ziel: Verwerfung der Idee der Dollarisierung, bessere Sozialpolitik für die arme Bevölkerung und eine Neubesetzung sämtlicher Gewalten des Staates. Das Militär gesellte sich zu den Demonstranten, was zum gemeinsamen Sturm auf den Nationalkongress am 21. Januar 2000 führte. Anführer dieses Putsches: Antonio Vargas, Vertreter der Ureinwohner und gescheiterter Präsidentschaftskandidat sowie Lucio Gutierrez, Vertreter des Militärs und eventuell neuer Präsident Ecuadors. Doch das Ausland akzeptiert keine Putschregierung, und so wird einen Tag später Gustavo Noboa, bisheriger Vizepräsident, ins Amt eingesetzt. Und so wurde unter der Regierung Noboas im April 2001 definitiv der US-Dollar zur neuen Landeswährung, nachdem der Sucre bereits anfangs 2000 den dramatischen Wert von 25000 Sucres auf einen Dollar eingenommen hat. Noboas Hauptanliegen, eine klare bis aggressive Pro-Erdöl-Politik. Seine Argumentationen sind hilflos und schwach, so erklärt er dem Volk im Streit um eine neue Pipeline: *«Es wird gemacht, weil es gemacht wird!»* Am Ende dieses Jahres wird Dr. Gustavo Noboa abdanken.

September und Oktober 2002

Lucio Gutierrez, Alvaro Noboa, Vargas und weitere zehn Männer ziehen durchs Land. Antonio Vargas tritt in Riobamba, Zentrum der Ureinwohner, vor rund 100 Leute und liefert eine armselige, kurze Ansprache. Es fehlt an Worten, gar die Namen der eigenen Kandidaten für den Nationalkongress sind nicht bekannt. Alvaro Noboa tritt anders vors Volk, in einem Urlaubsziel an der Küste lässt er sich auf einem Kleinlastwagen durch die Strassen fahren und bejubeln, begleitet von tanzenden, jungen Frauen in knappen Bikinis. Politik, Verantwortung für ein Land, welches mehr als 50% Arbeitslosigkeit hat, ausgedrückt durch Leichtigkeit, sexy Frauen. Die ecuadorianische Bevölkerung hat die Hoffnung bereits aufgegeben. Seit der Dollarisierung ist ihr Leben bedeutend teurer geworden, Preise sind in die Höhe geschossen ohne die Gehälter anzupassen. Es fehlt Geld für die staatliche Rentenkasse und zur Rettung des Gesundheitssystems, Staatsdiener wie Lehrer oder Krankenschwestern müssen oft monatelang auf ihre Gehälter warten. Ob es nun Alvaro Noboa oder Lucio Gutierrez gelingen wird, in der kurzen Amtszeit von vier Jahren die soziale und wirtschaftliche Lage Ecuadors in Schwung zu bringen? Bis dahin nimmt die Armut Tag für Tag zu, die Bauern ziehen in die Städte auf der Suche nach Arbeit und werden zu Mittelsmännern, niemand produziert nichts mehr, Kinder verkaufen Kaugummis oder putzen Schuhe. Ein Land ohne System, ohne Ordnung, mit welcher Zukunft?

Wahlkampf in Ecuador: Noboa auf Stimmenfang

Illegales Chaos auf dem Gries-Gletscher

Departement Rey-Bellet schlief zwei volle Jahre

ULRICHEN/SITTEN **– Vor fünf Jahren bewilligte Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet dem Ski-Klub Airolo einen Schlepplift auf dem Gries-Gletscher. Der Schlepplift wurde nie installiert, stattdessen herrschen auf dem Gletscher seit drei Jahren illegale Zustände. Erst nach dreimaliger Intervention der Gemeinde Ulrichen reagierte das zuständige Baudepartement in Sitten endlich und – offeriert eine neue Bewilligung!**

Aus dem umgekippten Motorschlitten floss Öl und Benzin auf den Gletscher.

VON KURT MARTI

Im Juni 1997 erteilte Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet dem Ski-Club Airolo die Bewilligung zum Betrieb eines Kleinskiliftes auf dem Gries-Gletscher. Die Bewilligung gilt während der Skisaison. Im Sommer muss die Anlage im Interesse des Landschaftsschutzes entfernt werden. Die Bewilligung ist auf fünf Jahre befristet und *«das Baudepartement wird bei Nichtbefolgung der Vorschriften den Betrieb ohne jegliche Entschädigung einstellen.»*

Dieselfässer, zertrümmerte WC-Anlagen, illegale Hütten

Im Laufe der Zeit gingen bei der Gemeinde Ulrichen zahlreiche Reklamationen über die Unordnung auf dem Gletscher ein. Nach einer Ortsschau im September 2000 schrieb die Gemeinde dem Ski-Club Airolo einen scharfen Brief. Der Zustand auf dem Gletscher könne nicht mehr länger geduldet werden: *«Es liegen zertrümmerte WC-Anlagen auf dem Gletscher und Dieselfässer sind irgendwo deponiert. Im weiteren wurden zwei Hütten aufgestellt, für deren Aufstellung nie eine Baubewilligung eingeholt wurde.»* Der Ski-Klub wird aufgefordert, innert 14 Tagen den unordentliche Zustand aufzuräumen. Zugleich informiert die Gemeinde die Kantonspolizei in Fiesch. Der Ski-Klub antwortet rasch, entschuldigt sich in aller Form und natürlich verspricht er die Sache in Ordnung zu bringen.

Die Kantonspolizei macht einen Rapport. Doch es passiert nichts. Ein Jahr später im November 2001 schreibt die Gemeinde Ulrichen ein zweites Mal nach Airolo. Inzwischen sind auch zwei Pistenfahrzeuge und ein Motorschlitten auf dem Gletscher deponiert, und zwar das ganze Jahr über und in ungesicherter Lage. Erneut fordert die Gemeinde den Ski-Klub auf, den Gletscher zu räumen. Eine Kopie des Schreibens geht an die Kantonspolizei.

Wiederum schreibt die Kantonspolizei einen Rapport. Doch dabei bleibt es.

Umgekippter Motorschlitten verliert Öl und Benzin

Im September 2002 kippt der Motorschlitten um und es fliesst Öl und Benzin auf den Gletscher (siehe Foto). Die Gemeinde informiert Nicolas Mayor, den Chef der Dienststelle für Verkehr, welcher für die Bewilligung zuständig ist. Erst jetzt handelt Mayor und meldet dem Ski-Klub Airolo, dass die Bewilligung bereits im Juni 2002 ausgelaufen und dass der Gletscher zu räumen sei. Gemeindepräsident Fredy Imstepf: *«Falls der Ski-Klub den Gletscher nicht selbst räumt, werden wir auf dessen Kosten die Räumung veranlassen.»*

Freundliche Aufforderung zum Weitermachen

Im Baudepartement nimmt man die jahrelangen, illegalen Zustände bloss «zur Kenntnis», ohne die Schuldigen zu büssen. Im Brief der Dienststelle für Verkehrsfragen an den Ski-Klub Airolo ist das rechtswidrige Verhalten gar nicht erwähnt, vielmehr wird der fehlbare Ski-Klub freundlich darauf verwiesen, dass ein Weiterbetrieb des Kleinskiliftes eine neue Bewilligung erfordere. Und dies obwohl dem Dienstellenchef Mayor bekannt ist, dass der Kleinskilift gar nie installiert war, sondern die Transporte der SkifahrerInnen mit den Pistenfahrzeugen erfolgte.

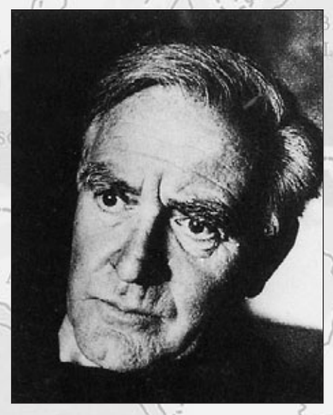
Wie Recherchen der RA ergeben, haben folgende Posten und Ämter seit zwei Jahren Kenntnis vom rechtswidrigen Zustand auf dem Gletscher: Die Dienststelle für Verkehr, die Dienststelle für Umweltschutz und die Kantonspolizei. Jeder schiebt die Verantwortung für das Versäumnis dem anderen zu: Nicolas Mayor von der Dienststelle für Verkehr auf die Kantonspolizei Fiesch, Kapo-Sprecher Markus Rieder auf die Dienststelle Umweltschutz, Frédéric Zuber von der Dienststelle für Umweltschutz auf die Dienststelle für Verkehr. Dabei ist die Sache ganz klar festgeschrieben. Denn im Bewilligungsschreiben, das Staatsrat Rey-Bellet eigenhändig unterschrieben hat, steht schwarz auf weiss: *«Das Baudepartement wird bei Nichtbefolgung der Vorschriften den Betrieb ohne jegliche Entschädigung einstellen.»* Die Federführung hat die Dienststelle für Verkehr.

John le Carré

Ein blendender Erzähler – politisch brisant und aktuell

Die meisten Schriftsteller werden mit zunehmendem Alter zahnlos und langweilig. Eine Ausnahme ist John le Carré. Er hat immer schon Wert darauf gelegt, kein Blatt vor den Mund zu nehmen. Und die Einsichten, die er der Welt entgegenschleudert, werden mit jedem Buch unangenehmer und auch spannender.

VON HILAR EGGEL



John le Carré, der eigentlich David Cornwell heisst, lebt zurückgezogen in einer Reihe ehemaliger Fischerhütten auf einer Klippe am äussersten Rand von Cornwall im Westen Englands. Er wurde am 19. Oktober 1931 in Poole, England, geboren. Sein Vater schlug sich als Hochstapler durch, mit wechselndem Erfolg – mal schwamm er im Geld, dann wieder musste ihn sein Sohn am Telefon Gläubigern gegenüber verleugnen. Seine Mutter suchte das Weite als ihr Zweitgeborener fünf Jahre alt war. Spuren der eigenen Kindheit haben sich in mehrere der Romane eingeschrieben.

Erste Kontakte zum Nachrichtendienst

Als 16-jähriger geht John le Carré in die Schweiz und studiert Deutsche Literatur in Bern. An der Berner Universität entstehen nicht nur seine ersten Kurzgeschichten, sondern auch erste Kontakte zum Britischen Nachrichtendienst. Le Carré verlässt die Schweiz und macht seinen Abschluss am Lincoln College in Oxford. Auch am College sammelt er weiter Material für den Nachrichtendienst. Nach dem Studium unterrichtet er zwei Jahre an der Eliteschule in Eaton. 1960 bis 1964 arbeitet er zunächst an der Botschaft in Bonn, dann in Berlin. In Berlin erlebt er den Bau der Mauer – Hintergrund des Romans «Der Spion, der aus der Kälte kam», der le Carré über Nacht weltberühmt gemacht hat.

Dass er dem politischen Geschehen sehr nahe ist, zeigen viele seiner Bücher wie zum Beispiel «Der Spion, der aus der Kälte kam» (1964), «Krieg im Spiegel» (1974), «Agent in eigener Sache» (1991), «Unser Spiel» (1995), «Der ewige Gärtner» (2001). Er schreibt aber nicht nur spannende Agentengeschichten. Seine umfangreichen Recherchearbeiten machen ihn zum unbefangenen Chronisten der Weltpolitik der Nachkriegszeit.

«Unser Spiel» handelt vom Tschetschenienkonflikt

Im Roman «Unser Spiel» hat sich der «ausgemusterte» Geheimdienstagent Tim Cranmer auf einen Landsitz zurückgezogen und geniesst dort mit einer jungen Geliebten den unerwarteten Ruhestand. Doch sein ehemaliger Kollege und «Ziehsohn» Larry Pettifer, der sich zu den unterdrückten Völkern des Kaukasus – Inguschen und Tschetschenen – hingezogen fühlt, zieht ihn unvermittelt in die aktuelle Weltpolitik zurück. Larry verschwindet plötzlich. Während der Suche nach Larry in Tschetschenien und Inguschien macht Cranmer eine langsame Wandlung vom «Saulus» zum «Paulus» durch. Je mehr er mit den Tschetschenen und Inguschen in Berührung kommt, desto mehr versteht er den kaukasichen Nationalitätenkonflikt.

Betroffener Sympathisant

John le Carré hat sich mit der Publikation des Kriminalromans «Unser Spiel» im Jahr 1995 als Sympathisant des Unabhängigkeitskampfes der Tschetschenen und anderer Völker im Kaukasus zu erkennen gegeben. Im Roman erklärt Cranmer: «Der Nordkaukasus war für ihn (Larry) das nächste Pulverfass. Das nächste Afghanistan. Eine ganze Reihe von Bosnien, kurz vor dem Ausbruch. Er meinte man dürfe den Russen in dieser Region nicht trauen. Er wollte nicht, dass sie sich da einmischten. Teilen und herrschen.» Und zur Rolle, die der Westens spielen müsste, meint er: «Nicht mehr Partei für die russischen Dinosaurier ergreifen… auf gebührenden Respekt vor kleinen Nationen bestehen… unsere Vorliebe für grosse politische Gruppierungen entsagen und uns mehr um individuelle Minderheiten kümmern.» Doch die politische Situation sieht anders aus: «Der Westen gibt ihnen das Geld… Um den Frieden in der ehemaligen Sowjetunion zu sichern. Der Westen liefert das Geld, Moskau liefert die Truppen und die ethnische Säuberung.»

John le Carré nimmt Stellung

In der NZZ am Sonntag hat John le Carré kürzlich ein Interview gegeben. Von der Geiselnahme in Moskau war er keineswegs überrrascht. Aus welchen Überlegungen? Le Carré erklärte: «Vom Moment, da Präsident Bush die Welt in zwei Gruppen einteilte – ‹die, die für uns, und die, die gegen uns sind› – war ein solches Ereignis absehbar geworden. Bis zum 11. September (2001) gab es in der internationalen Gemeinschaft einen Konsens, dass man seinen Tschetschenienkrieg stoppen müsse. Man hatte realisiert, dass es sich dabei um einen Krieg handelte, der die Dimension eines Genozids angenommen hatte. Nach dem 11. September aber änderte sich dies.»

Was gibt es für Gründe für die Politik von Putin. Le Carré nennt drei: Erstens gebe es in Russland einen Rassismus, der aus der Eiszeit stammt. Es gebe eine starke rassistische Abneigung von europäischen Russen gegen ihre asiatischen Mitbürger. Zweitens nennt er die Geschichte: Durch das ganze 19. Jahrhundert hindurch führten die Zaren einen Religionskrieg gegen muslemische Völker des Kaukasus. Wie er betont ging der Krieg weiter, «als im Kommunismus die roten Zaren die Macht übernahmen. Die alten christlichen kaukasischen Länder wie Georgien und Südossetien gemeinsame Sache mit dem Kremel machten.» Der dritte Grund ist für ihn das Öl. Denn «alle wollen das kaspische Erdöl und die Kontrolle über die transkaspische Pipeline.»

Der Zorn im Alter

Ganz im Unterschied zum grössten Teil seiner Kollegen ist le Carré mit zunehmenden Alter nicht etwa ruhiger geworden. Sein Zorn und seine Wut zu den wirtschaftlich eingenomenen, politischen Drahtziehern hat noch zugenommen. In seinem neuesten Roman «Der ewige Gärtner» stellt er die internationale Patentgesetzgebung an den Pranger, die es den Pharmamultis ermöglicht, ihre Aidsmedikamente zu Höchstpreisen innerhalb der «Ersten Welt» zu vermarkten. 80 Prozent der Aidskranken leben jedoch in Afrika. Sie können sich diese Medikamente nicht leisten. Für sie kommt diese Preispolitik einem Todesurteil gleich. Le Carré schildert, wie der undurchdringliche Filz aus greisen Diplomaten und greisen Managern Veränderungen in Politik und Wirtschaft unmöglich machen – wer keine Zeit mehr hat, muss auch keine Rücksicht nehmen.

Die Russen müssen verhandeln

Die Geiselnahme im Theater von Moskau ist zu verurteilen. Nicht weniger zu verurteilen ist die Tatsache, wie die russischen Machthaber vorgegangen sind. Verhandelt wurde nicht mehr. Statt dessen setzte man ein noch nicht bekanntes Gas ein.

Putin arbeitete früher im Geheimdienst KGB. Dort muss er anscheinend gelernt haben, dass man politische Probleme nicht politisch lösen, sondern sie schlichtweg mit Gewalt in Gas auflösen muss. Politik endet in einer Sackgasse, wenn Verhandlungen keine Rolle mehr spielen.

Bekannt ist, dass mindestens 129 Geiseln dem Gas zum Opfer gefallen sind. Doch welches Gas wurde eingesetzt? Ein Kampf- und Nervengas? Putin, der eiserne Zar aus dem Kreml, schweigt sich aus über die Art des Gases, wie auch über die genaue Anzahl der Todesopfer (wo sind die Menschen, die vermisst werden?) und ebenfalls über die Frage, warum den Angehörigen der Zugang zu den Spitälern verweigert wurde. Und Bush mischt sich nicht ein und schweigt, denn es geht für ihn um die eigenen Interessen. Denn der grösste Ressourcenverbraucher weiss um die Wichtigkeit des kaspischen Erdöls. Menschenrechte spielen in dieser wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Situation eine untergeordnete Rolle.

Der Präsident Tschetscheniens – Aslan Maschadow – ist im Jahr 1997 in demokratischen, von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) überwachten Wahlen gewählt worden. Seit Ausbruch des Krieges von 1999 wird er von Russland nicht mehr anerkannt und mit Vorwürfen bombardiert, die Geiselnehmer unterstützt zu haben.

Putin löst allerdings sein eisernes Schweigen, wenn in Dänemark ein privat organisierter Kongress über die politische Situation in Tschetschenien durchgeführt werden soll. Die dänische Regierung wurde mit der Feststellung, dass der «internationale Terrorimus» bekämpft werden muss, unter Druck gesetzt. Putin forderte die dänische Regierung auf, Maschadows Vertreter Achmed Sakajew zu verhaften und auszuliefern. Die dänische Regierung unterwarf sich zu Recht den Drohungen Moskaus nicht.

Seit dem 11. September 2001 hat sich die internationale Diskussion und die Auseinandersetzung, wie Konflikte zu lösen wären, stark verengt. Die Option, Gewalt gegen Gewalt anzuwenden, steht im Vordergrund, ohne sich zu fragen, welche Mechanismen dahinterstecken. «Internationaler Terrorismus» ist das Schlagwort, das Bush und Putin und andere Staatschefs wie Sharon und Zemin hervorzaubern, wenn es gilt, Ungerechtigkeiten in Tschetschenien, Unguschien oder in anderen Regionen, die sich gegen die staatliche Machtpolitik stellen, zu rechtfertigen. Die Regierungschefs küssen sich die Hände, man ist sich einig und hält den Mund. Über die Verurteilung von Menschenrechtsverletzungen mag man sich je länger desto weniger äussern, wie der Besuch des chinesischen Staatschefs bei Bush gezeigt hat.

Hilar Eggel

Wohin frau/man geht

Tünelkultur Rest. Simplon Naters

Jeden Dienstag
19.00 bis 23.00 Uhr
XXJAM SESSIONXXX

Freitag, 22. November
21.00 Uhr
Török Adam and the Mini
Jazz

Samstag, 30. November
21.00 Uhr
Live! Experience
Music of Jimi Hendrix

Samstag, 7. Dezember
21.00 Uhr
Blues Max
Dämmern für Dummies

Samstag, 21. Dezember
21.00 Uhr
Santa Claus Jamsession 2
Instrument mitbringen!

WIDERSPRUCH 42
Beiträge zur sozialistischen Politik

Sicherheit, Freiheit, globale Gerechtigkeit

Anti-Terror-Kriege, Völkerrecht, Solidarität; Israel-Palästina-Konflikt; Innere Sicherheit, Anti-Terror-Gesetze, Freiheits- und Grundrechte; Fremde als Sicherheitsrisiko; Reichtum/Armut, soziale Sicherheit, transnationale Sozialpolitik; Gewalt und Geschlecht

U. Marti, R. Kössler, H. Melber, N. Paech, L. Watzal, R. Gössner, H. Busch, M. Bosonnet, M.R. Krätke, U. Mäder, G. Husi, Th. Furrer, C. von Werlhof

Weltsozialpolitik nach Porto Alegre

D. Keet: Neokoloniales WTO-Regime
H. Schäppi/U. Sekinger: Gewerkschaftsinternationalismus
P. Niggli: Weltsozialforum – künftige Agenda
R.H. Strahm: Finanzplatz Schweiz unter Druck
A. Missbach: Der Fall Enron
R. Falk: Entwicklung und Finanzierung

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau

22. Jg./1. Halbjahr 2002 Fr. 25.– / € 16.–

Donnerstag, 28. November
20.30 Uhr
Steinböck & Rudle
Comedy pur mit viel Sinn für Unsinn

Sonntag, 24. November
17.00 Uhr
Märchenmaschine
Theater Gòmes-Müller, ab 5 Jahren

Freitag, 10. Januar 2003
20.30 Uhr
Die Lügen der Papageien
Theater Klappsitz

Mittwoch, 29. Januar 2003
20.30 Uhr
Franz Hohler: S Tram uf Arika
Geschichten und Lieder

Mittwoch, 19. Feb. 2003, 20.15 Uhr
Freitag, 21. Feb. 2003, 20.15 Uhr
Sonntag, 23. Feb. 2003, 16.00 Uhr
Gmischte Salat
Theater der Senioren-Bühne Brig

Matinée im Kellertheater:
Sonntag, 1. Dezember, 11.00 Uhr
Klassen aus dem Kollegium Brig spielen Bekanntes und Überraschendes
mit Anne-Ruth Jenelten, Paul Locher
Stefan Ruppen und Adrian Zenhäusern

Kino um 17.00 Uhr

Neu im Kellertheater in Brig
Eintritt frei – keine Reservation

Sonntag, 15. Dezember
17.00 Uhr
Per qualche dollari in piu
Western von Sergio Leone

Umwelt-Agenda

Sonntag, 12. Januar, 07.13 Uhr
Bahnhof SBB Brig
Winterexkursion: «Les Grangettes». Genfersee
Ganztägige ornithologische Exkursion.
Stani Zurbriggen

Mittwoch, 29. Januar, 19.00 Uhr
Generalversammlung Naturforschende Gesellschaft Oberwallis (NGO)
20.00 Uhr: Vortrag *«Heilkräuter – Forschung und Anbau im Wallis»*
von Dr. Christoph Carlen

Vernissage Samstag,
8. Februar 2003, 19.00 Uhr
Galleria Graziosa Giger in Leuk
Bilderausstellung von Cornelia-Hesse Honegger
Bilder von Insekten im Umfeld von Atomkraftwerken

Freitag, 14. Februar, 19.00 Uhr
Brig Grünwaldsaal – Bibliothek
Generalversammlung Natur- und Vogelschutzverein Oberwallis (NVO)
20.00 Uhr: *«Vernetzungsprojekte und Kleinstrukturen in der Praxis»*
öffentlicher Vortrag von Peter Oggier, Biologe

Nähere Informationen & Anmeldung:
Oberwalliser Umweltsekretariat
Tel. 027 923 61 62

Ausstellungen in der Mediathek Brig
während den Öffnungszeiten
bis Ende Dezember 2002:
Fotoausstellung zum Jahr der Berge aus der Sicht des WWF
bis Ende November 2002:
Fotoausstellung zur Rottenkorrektur

Podiumsabend
27. November 2002, 20.00 Uhr
MWZ Gluringen
Plakat-Aktion

Dicke Eier

Jean-Marie Schmid: PPP-SiN

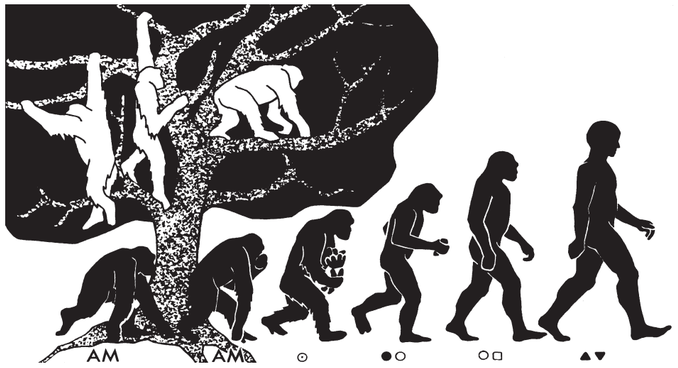
Wie weit Bildung auch führen kann, hat uns CVP-Grossrat Jean-Marie Schmid mit einem Postulat im Grossen Rat eindrücklich bewiesen. Dieses enthält diverse Abkürzungen. «BBT» mag noch altmodisch daherkommen. Bei der Abkürzung «Task Force IKT& Bildung» staunt der Laie schon ein wenig. Völlig überfordert ist man dann aber bei der Abkürzung «PPP-SiN». Einverstanden, ästhetisch gesehen ist es die schönste. Aber was heisst das denn? Sind damit die Drei-P-Poststellen gemeint, die auf jeden Fall eine Zukunft haben? Oder versteckt sich hinter SiN eine neue Schreibweise der trigonometrischen Funktion Sinus? Nein, viel einfacher! PPP-SiN heisst «Public Private Partnership – Schulen im Netz». Eigentlich ist das doch klar. Übrigens: Wissen Sie was HEVs2 heisst?

Ethik-Label für Cinas Briefkastenfirma?

CVP-Generalsekretär Reto Nause: «Wohl eher nicht…»

(ktm) **– Gegenüber der RZ erklärte CVP-Nationalrat Jean-Michel Cina, dass seine Verwaltungsratsmandate auf der Steuerfluchtinsel nicht nur rechtlich, sondern neuerdings auch ethisch in Ordnung sind. Die Rote Anneliese wollte es genau wissen und fragte den CVP-Generalsekretär Reto Nause: «Würde eine Briefkasten-Firma auf den Cayman Islands das Ethik-Zertifikat beziehungsweise das Ethik-Label erhalten?» Die Antwort von Nause: «Eine Firma auf den Cayman-Islands dürfte sich wohl eher gar nicht interessieren für ein solches Label. Hier müssten wir auf Stufe UNO weltweit verbindliche Normen schaffen. Wir prüfen diese Überlegung». Das Ethik-Label ist offenbar nicht für die CVP-Firmen gedacht, sondern soll vor allem die FDP-PolitikerInnen ärgern.**

Rückgrat zeigen!
Rote Anneliese abonnieren!



☐ **Ich bestelle die «RA»**
☐ **Ich verschenke die «RA» (Rechnung an mich)**
☐ **Ich bestelle ein Jugendabo zum halben Preis (Fr. 20.–)**

Name/Vorname: _____
Strasse: _____
PLZ/Ort: _____

Geschenk-Abo an:
Name/Vorname: _____
Strasse: _____
PLZ/Ort: _____

Ausschneiden und senden an: Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig; Fax 027 923 69 71

Zi-Täter

«Aber die Globalisierung verstärkt nicht die absolute Ungleichheit, wenn sie auch die relative Ungleichheit verschärfen kann.»
Pascal Couchepin, Bundesrat, im Buch «Ich glaube an die Politik.»

Rote Anneliese: ***Etwas einfacher gesagt: Die Globalisierung verstärkt nicht die ungleiche Absolutheit, wenn sie auch die ungleiche Relativität verschärfen kann.***

«Die Schaffung der regionalen Jugendarbeitsstelle hat viel Überzeugungsarbeit gekostet.»
Hans Schwestermann, Brig-Gliser Gemeinderat, im Walliser Boten

Rote Anneliese: ***Niemand kann das besser beurteilen als CSP-Gemeinderat Schwestermann. Nachdem er das Projekt aufs Abstellgeleise setzte, brauchte es die volle Überzeugungskraft der Roten Anneliese.***

«Fakt ist, dass die Reorganisation der Briefzentren den flächendeckenden Service public nicht einschränkt. Im Gegenteil.»
Thomas Rieder, Redaktor, im Walliser Boten

Rote Anneliese: ***Auch die Reorganisation der WB-Redaktion in eine pr-Agentur würde die flächendeckende Verbreitung der Information nicht einschränken. Im Gegenteil.***

«Wir müssen die Werte fördern. Schon an den Schulen und Unis muss ethischen Prinzipien viel mehr Beachtung geschenkt werden.»
Philipp Stähelin, Präsident der CVP Schweiz, im Sonntagsblick

Rote Anneliese: ***Diese CVP-Forderung steht in engem Zusammenhang mit dem jüngst veröffentlichten CVP-Jugendpapier, das zum Ziel hat, junge WählerInnen für die Partei zu rekrutieren.***

«Die Forderung der SP Oberwallis, Oskar Freysinger als Lehrer in Frage zu stellen oder gar zu suspendieren, läuft auf blanke Repression hinaus – jene Repression, unter der gerade die Linke im Wallis während ihren Flegeljahren litt und die sie immer wieder zu Recht anprangerte.»
Luzius Theler, im Walliser Boten

Rote Anneliese: ***Denn im Grunde war auch die damalige Blossstellung der Oberwalliser Haifische, also die Veröffentlichung des steuerbaren Reineinkommens der Superverdiener durch die Rote Anneliese rassistisch, sexistisch und menschenverachtend.***

«Es hätte wohl genügt, die Entscheidungsträger zu dokumentieren, statt in die Medienoffensive zu gehen. Hand aufs Herz: Das schätzen zwar die Journalisten, aber muss nicht unbedingt der Sache dienen.» (Zur Studie Limbacher des Spitals Brig)
German Escher, in der Regionalzeitung

Rote Anneliese: ***Der Regionalzeitung am besten gedient wäre gewesen, wenn das Spital Brig nur die RZ mit dem Bericht Limbacher beliefert und darüber hinaus noch eine zweiseitige RZ-Publireportage eingekauft hätte.***

Die undurchsichtigen Geschäfte des Paul Inderkummen

Wirtschaftsförderung à la CSP

SUSTEN **– Der ehemalige CSPO-Präsident Paul Inderkummen hat in Leuk-Susten mehrere neue Unternehmungen gegründet und erhält von der Kantonalen Wirtschaftsförderung die Anschlussgebühren für seine Expansionspolitik bezahlt – unter der Bedingung mindestens zehn neue Arbeitsplätze zu schaffen. Gemäss Recherchen der Roten Anneliese bestehen jedoch Zweifel, ob diese Arbeitsplätze überhaupt geschaffen oder bloss aus einer anderen Unternehmung des gelben Politikers transferiert wurden. Eine genaue Überprüfung ist notwendig.**

VON CYRILL PINTO

Während rund zwanzig Jahren führte Paul Inderkummen die Unternehmung Arnold AG in Agarn. Vor vier Jahren mietete der damalige Parteipräsident der CSPO von der Leuker Burgerschaft 42'000 m² Boden zu einem günstigen Preis und gründete auf diesem Boden die Ival-Holding und als Subunternehmen die Leukerfeld Beton AG. Inderkummen war einziges Verwaltungsratsmitglied. Daraufhin gründete er weitere Firmen wie die Primag AG und die Ilfa Rekies AG.

Anschlussgebühren nicht bezahlt

Für den gemieteten Boden hätte die neugegründete Ival-Holding Anschlussgebühren von rund einer Million Franken (25 Franken pro m²) bezahlen müssen. Doch es kam anders. Inderkummens Firma intervenierte beim Leuker Gemeinderat. Dazu Gaston Oggier, Gemeindepräsident in Leuk: *«Die Firma Ival-Holding hatte zum Teil Anschlussarbeiten in Eigenregie durchgeführt. Aus diesem Grund reduzierten wir den Betrag auf 400'000 Franken.»* Doch auch diese Summe hat die Sustener Firma nie bezahlt…

Die Fäden zog CSPO-Parteisekretär Roberto Schmidt

Auf Initiative des CSPO-Parteisekretärs und Leuker Gemeinderates Roberto Schmidt wurde dem Leuker Gemeinderat der Vorschlag unterbreitet, ein neues Gesetz zur Förderung von Unternehmen anzuwenden. Das Gesetz sieht vor, dass sich die kantonale Wirtschaftsförderung an den Kosten für die Anschlussgebühren einer neu gegründeten Firma, mit maximal zwei Franken pro m² beteiligen kann. In Zahlen bedeutet dies: Die Ival-Holding mit ihren 42'000 m² muss keinen Rappen Anschlussgebühren bezahlen und spart somit 400'000 Franken. Die Wirtschaftsförderung des Kanton Wallis überweist der Gemeinde Leuk jedes Jahr 84'000 Franken. Über die im Vertrag ausgemachten zehn Jahre hinweg sind dies insgesamt 840'000 Franken.

Arbeitsplätze von der Arnold AG verschoben?

Eine Bedingung musste die Ival-Holding mit den ihr verbundenen Unternehmen allerdings erfüllen: Im Vertrag zwischen der Gemeinde Leuk und der Ival-Holding ist festgehalten, dass der Firma mit ihren Subunternehmen wie der Leukerfeld Beton AG oder der Ilfa Rekies AG die Anschlussgebühren nur erlassen werden, wenn diese zehn neue Arbeitsplätze schaffen.

Seither wird von konkurrierenden Bauunternehmungen das Gerücht herumgeboten, die Ival-Holding habe die erforderlichen Arbeitsplätze nie geschaffen, sondern bloss von Inderkummens Arnold AG in die verschiedenen Unternehmen Ival-Holding oder Ilfa Rekies AG verschoben. Dazu der Geschäftsführer Paul Inderkummen: *«Das sind nur Gerüchte und Behauptungen von missgünstigen Konkurrenten. Die zehn Arbeitsplätze wurden geschaffen!»*

Recherchen der RA lassen einige Zweifel an Inderkummens Behauptung aufkommen: Zum ersten stehen auf dem Gelände der Ival-Holding aussschliesslich Lastwagen der Arnold AG. Zum zweiten hat die RA mit Mitarbeitern der Ival-Holding und der Ilfa Rekies AG gesprochen. Ein Chauffeur zur RA: *«Meine Kollegen und ich waren bis vor einem Jahr bei der Arnold AG beschäftigt. Jetzt wird mein Lohn von der Ilfa Rekies AG ausbezahlt. Wir alle arbeiten mit Lastwagen der Arnold AG.»* Auf die Frage, ob in den verschiedenen Firmen in den letzten Jahren neue Mitarbeiter eingestellt wurden meint der Angestellte: *«Ich arbeite nun schon seit einigen Jahren bei der Arnold AG bzw. jetzt bei der Info Rekies AG. Zwei, drei neue sind dazugekommen und ein paar gegangen, so wie das halt ist in einer Unternehmung.»*

Ein Fall für die Geschäftsprüfungskommission!

Vor zwei Monaten stieg Paul Inderkummen eigenartigerweise aus dem Verwaltungsrat der Firmen Ival-Holding und Leukerfeld Beton AG aus. Sein Nachfolger wurde sein Bruder Emil Inderkummen aus Brig. Paul Inderkummen jedoch ist immer noch als Geschäftsführer der Arnold AG tätig. Ein Mitarbeiter: *«Ich habe im Amtsblatt gelesen, dass der Inderkummen neue Firmen gegründet hat und wieder aus diesen ausgestiegen ist. Auf unsere Arbeit hatte dies aber keinen Einfluss: Jeden Morgen verteilt er uns die Aufträge und dann geht's los – wie immer.»* Aufgrund dieser Aussagen von Mitarbeitern, stellt sich die Frage, ob Inderkummen die geforderten 10 Arbeitsplätze tatsächlich neu geschaffen hat. Ein Fall für die Geschäftsprüfungskommission und das Finanzinspektorat.

ROTE ANNELIESE
AZB 3900 Brig · Nr. 175 / November 2002
Bitte Adressänderungen melden an:
Verein Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis